

Geographisches Institut
der Universität zu Köln

Wahrnehmung und Bewertung des Ausbavorhabens des
Binnenschiffahrtshafens in Köln-Godorf durch Bürgerinitiativen

Diplomarbeit vorgelegt von
Mehmet Özer
Matrikelnummer: 3765253
Venloer Straße 734, 50827 Köln
mehmetoezer@gmx.de

Betreut durch Herrn Prof. Dr. Josef Nipper

Köln, im November 2012

Inhalt

Darstellungen	IV
Glossar	IV
1 Einleitung	1
1.1 Thema und Ziele der Arbeit.....	1
1.2 Methodik.....	3
TEIL A: THEORIE	
2 Stand der Forschung	8
3 Theoretische Ansätze und Perspektiven zur Erklärung von Wahrnehmung und Bewertung	14
3.1 Wahrnehmungsgeographisch.....	14
3.2 Konfliktgeographisch	19
3.3 Entwicklung der Vorannahmen	24
TEIL B: EMPIRIE	
4 Beteiligte des Planungsprozesses im kurzen Überblick	27
4.1 Bürgerinitiativen.....	27
4.2 Stadtplanungsamt	29
4.3 HGK	31
5 Darstellung der Erhebungsergebnisse	34
5.1 Wahrnehmung und Bewertung des Hafenausbauvorhabens	34
5.1.1 Ohnmachtproblem	34
5.1.2 Legitimitätsproblem	35
5.1.3 Kostenproblem	37
5.1.4 Gefährdungsproblem	38
5.2 Konfliktarten und ihre Motive.....	40
5.2.1 NIMBY-, Nachbarschaftskonflikt	40
5.2.2 Akzeptanzkonflikt	41
5.2.3 Akteurskonflikt.....	43
5.2.4 Nutzungskonflikt	45
6 Diskussion der Ergebnisse	46

TEIL C: SCHLUSS

7	Schluss	55
7.1	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	55
7.2	Schlussfolgerungen.....	56
	Literatur	58
	Anhang.....	61

Darstellungen

Karte 1: Lage der Erweiterungsfläche des Godorfer Hafens im Kölner Süden.....	29
Karte 2: Beschlussvorlage des Bebauungsplans zum Godorfer Hafen.....	33

Glossar

ARA	Initialen der bedeutenden europäischen Seehäfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam.
BI-A bis E	Die Bürgerinitiativen sind mit BI abgekürzt und mit Großbuchstaben in zufälliger Reihenfolge von A bis E kodiert und somit anonymisiert.
HGK	Häfen und Güterverkehr Köln AG. Verkehrsunternehmen. Betreibt u. a. die Kölner Binnenhäfen. Die Stadt Köln hält den mehrheitlichen Aktienanteil an dem Unternehmen.
KLV	Kombinierter Ladungsverkehr. Bedeutet die Vernetzung von mindestens zwei Verkehrsträgern im Güterverkehr.
MÖ	Mehmet Özer, Diplomand
NIMBY	Initialwort für not-in-my-backyard. Auch bekannt als St.-Florians-Prinzip. Bedeutet ein Widerstandsverhalten; ein Abwälzen von Problemen auf andere; eine interessenpolitische Position von Privatpersonen, die nicht wollen, dass etwas Geplantes in eigener Wohnumgebung umgesetzt wird, da eine persönliche Beeinträchtigung befürchtet wird.

1 Einleitung

1.1 Thema und Ziele der Arbeit

Bei den meisten geplanten Bauvorhaben, die öffentliche Interessen berühren, kann man fast sicher sein, dass sich öffentliche Kritik regt. In einigen Fällen gehen Menschen auch auf die Straße und protestieren. Ein größerer Protest in der jüngeren Vergangenheit, der überregionale öffentliche Aufmerksamkeit erregte, war der gegen das Stuttgarter Bahnprojekt. Der Widerstand gegen dieses Bauprojekt und die Kritik waren so groß, dass es sogar einer prominenten Mediation bedurfte. Eine Lösung des Konflikts scheint unerreichbar, denn es gibt einerseits sehr viel Protest und Kritik, und andererseits wird an dem Projekt unbeugsam festgehalten.

Protest und Widerstand einer kritischen Öffentlichkeit gehören zur kommunalen Demokratie. Protest ist eine sichtbare Form der informellen Bürgerbeteiligung; die Bürger protestieren, wenn rechtlich garantierte Beteiligungen nicht mehr ausreichen. In Planungen und Prozessen der Stadtentwicklung ist eine Diskussion und Auseinandersetzung, besonders mit Bewohnerinnen und Bewohnern wichtig, denn Stadtpolitik wird nicht zum Selbstzweck betrieben. In einer Stadt stehen sich viele Akteure und Gruppen gegenüber. Sie alle haben unterschiedliche Wünsche und Interessen und stellen jeweils Forderungen an ihre Stadt. Welche Gruppen letztendlich Einfluss auf bestimmte Entwicklungen nehmen können, hängt von spezifischen Machtpotentialen ab. Eine populäre Meinung ist, dass in einer Stadt das Diktat von Kapital und Investoren herrscht. Kritische Fragen nach der Legitimität politischer Entscheidungen sind dabei häufiger wahrzunehmen. Ein gleichberechtigtes Nebeneinander verschiedener Interessen in einer Stadt ist daher wünschenswert.

Die Problemstellung dieser Arbeit ist die Wahrnehmung und Bewertung des Ausbauprojekts des Binnenschiffahrtshafens in Köln-Godorf durch Bürgerinitiativen. Seit mehreren Jahren besteht ein Streit um den Hafenausbau zwischen Bürgerinitiativen und Trägern des Vorhabens. Die Befürworter des Hafenausbaus sehen eine regionalwirtschaftliche Notwendigkeit in der Erweiterung, um steigende Gütertransportmengen auffangen zu können. Die Ausbaugegner beklagen die Zerstörung der Auenlandschaft, deren Fläche vielfältige Funktionen übernimmt. Der in dieser Form geplante Hafen sei zudem unrentabel und nicht finanzierbar.

Der Verkehrssektor ist in der Umwelt- und Verkehrspolitik ein Dauerthema, insbesondere weil von ihm Belastungen für Mensch und Umwelt ausgehen. Es werden viele Ansätze zur Lösung von Problemen diskutiert, wie z. B. die Verlagerung des Verkehrs auf umweltverträgliche Verkehrsträger wie Schiene und Wasser, um Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zu reduzieren. Aber es bleiben viele Fragen offen, bspw. warum solche Konflikte bestehen, und warum es schwierig ist, Lösungen zu finden.

Ich wähle das aktuelle Fallbeispiel aus, weil es verschiedene Fragen aufwirft, die zur Diskussion anregen und weil es aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden kann. Ich entscheide mich in dieser Arbeit für die Sicht des Problems aus der Perspektive der Bürgerinitiativen.

Eine größere Bekanntheit hat das Hafenausbauprojekt durch die Einwohnerbefragung erhalten. In der Geschichte der Stadt Köln wurde zum ersten Mal eine Befragung der Einwohner durchgeführt, und mithilfe dieser Befragung wurde die Meinung zum Hafenausbau von allen wahlberechtigten Kölnerinnen und Kölnern erfragt.

Ich nehme den Konflikt um den Hafenausbau zum Anlass, um Wahrnehmung und Bewertung des Ausbauprojekts durch die Bürgerinitiativen zu ermitteln und richte den Blick dabei auf verschiedene Hintergründe und Motive, die auf die Wahrnehmung und Bewertung wirken. Es lassen sich somit zwei Fragen formulieren:

- *Wie nehmen Bürgerinitiativen das Hafenausbauprojekt wahr und wie bewerten sie es?*
- *Wie wirken verschiedene Motive auf die Wahrnehmung und Bewertung?*

Mit der Beobachtung und Analyse von Wahrnehmungs- und Bewertungsprozessen kann das Verhalten und Handeln des Menschen erklärt werden. Jeder Mensch nimmt seine Umwelt anders wahr als andere und bewertet sie auch anders. Dabei können unterschiedliche Faktoren die subjektive Sichtweise beeinflussen. Das Ausbauprojekt wird daher nicht objektiv gesehen. Das menschliche Wirken im Raum hängt also von subjektiv wahrgenommenen und bewerteten Strukturen der Umwelt ab.

Die Sozialgeographie hält verschiedene Ansätze bereit, mit denen Wahrnehmung und Bewertung von Strukturen und Prozessen einer spezifischen Umwelt sichtbar gemacht

und erklärt werden können. Im theoretischen Teil dieser Arbeit stelle ich zwei Ansätze vor, die die theoretische Grundlage dieser Arbeit bilden.

Die Ergebnisse der Wahrnehmung und Bewertung des Ausbauvorhabens durch die Bürgerinitiativen sind umfangreich; der Konflikt mit den Trägern des Ausbauvorhabens dominiert und wird sehr differenziert wahrgenommen. Es wird sich allerdings zeigen, dass die Wahrnehmung und Bewertung des Ausbauvorhabens darüber hinaus weitere Facetten aufweist.

Um an verwertbare Daten und Informationen für die Untersuchung zu gelangen, habe ich qualitative Experteninterviews mit fünf Bürgerinitiativen durchgeführt. Im Kapitel 1.2 werden die verwendeten Methoden und die methodische Vorgehensweise erläutert.

Der Stand der Forschung liegt im zweiten Kapitel gesondert vor.

Im dritten Kapitel stelle ich theoretische Ansätze und Perspektiven vor, die zur Erklärung von Wahrnehmung und Bewertung beitragen können. Ich habe hierfür zwei Ansätze gewählt. Der erste Ansatz, der überwiegend von Weichhart (2008) stammt, ist der wahrnehmungsgeographische Ansatz, der zweite ist der konfliktgeographische Ansatz von Reuber (1999).

Im Anschluss an die Theorie folgt die Besprechung der Vorannahmen.

Der empirische Teil dieser Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: Das vierte Kapitel beinhaltet im kurzen Überblick die Beteiligten im Planungsprozess.

Im fünften Kapitel stelle ich die Erhebungsergebnisse dar; die Vorannahmen und die Motive strukturieren dabei den Aufbau.

Daran folgt die Diskussion der Ergebnisse.

Der Schlussteil dieser Arbeit beinhaltet eine kurze Zusammenfassung aller Ergebnisse und eine Schlussfolgerung.

1.2 Methodik

Aufgrund der Fragestellung ist es naheliegend, eine geeignete Forschungsmethodik aus den Geistes- und Sozialwissenschaften auszuwählen. Der Forschungsgegenstand ist der Mensch, dessen Denk- und Sichtweisen subjektiver Natur sind; und auch das Ausbauvorhaben – es stellt ein Wollen dar – ist nicht physisch-materiell zu begreifen. Die empirischen Grundlagen sind subjektive Daten, also Informationen, die über Kommu-

nikation ermittelt werden. Unter diesen subjektiven Aspekten werden keine harten Daten ermittelt, zumindest keine, die analytisch-naturwissenschaftlich kategorisierbar und rekonstruierbar, kurz, objektivierbar sind.

Einen besonderen Blick auf die Subjektivität wirft der forschungstheoretische Ansatz des Konstruktivismus auf: Die Wirklichkeit ist konstruiert, und die Menschen sind aktive Produzenten ihrer wahrgenommenen Welt (Meier-Kruker & Rauh 2005: 28). Es gibt keine objektive Realität, sie besteht aus sozialen Konstruktionen. Diese soziale Wirklichkeit wird erst durch Handlungen und Kommunikation konstituiert (Reuber & Pfaffenbach 2005: 110).

Mit qualitativen Methoden kann daher versucht werden, die sozial konstruierte Wirklichkeit zu untersuchen (Reuber & Pfaffenbach 2005: 34). Es geht um Erkunden und Verstehen. Mit einem offenen, qualitativen Ansatz kann ein Problemfeld qualitativ rekonstruiert und individuelle Sichtweisen detailliert beschrieben werden (Gutscher et al. 1996: 52). Es wird individuelles menschliches Handeln vor dem Hintergrund kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhänge interpretiert, und auch die jeweilige Umweltsituation, die nicht kontrollierbar oder vermeidbar ist, kann berücksichtigt werden (Gutscher et al. 1996: 54, Raffelsiefer 1999: 20).

Meine methodische Arbeitsweise muss sich an dieser Realitätsauffassung des Konstruktivismus orientieren, und somit kann ich die Problemstellung dieser Arbeit mit den Methoden der qualitativen Sozialforschung erfassen und die aufgeworfene Frage beantworten. Denn im Vordergrund dieser subjektiven Forschungsmethodik stehen Wahrnehmungen und Meinungen von Menschen, und die Arbeitsweise ist Deuten und Verstehen (Reuber & Pfaffenbach 2005: 107f.).

Als Erhebungstechnik entscheide ich mich für ein qualitatives Interview. Nach Meier-Kruker & Rauh (2005: 62) sind Interviews die am häufigsten verwendeten Formen qualitativer Methoden. Sie seien besonders geeignet, Dinge zu erfahren, über die noch nichts geschrieben wurde. Der effizienteste Weg, an Informationen zu kommen, sei der Weg über Interviews.

Es gibt verschiedene Formen von Interviews. Sie werden oft kombiniert zu einer Mischform, daher variieren auch die Bezeichnungen in Lehrbüchern häufig (Meier-Kruker & Rauh 2005: 65).

Gemeinsam ist den qualitativen Interviews, dass die Interviewsituation offen gestaltet ist, d. h. es gibt keine Antwortvorgaben, die Gesprächspartnerinnen und -partner sollen

Raum für eigene Meinungen und Deutungen haben, sie werden sogar angeregt, sich frei zu äußern. Auch die Interviewerinnen und Interviewer haben keinen starren Fragenkatalog. Sie können flexibel auf den Gesprächsverlauf reagieren. Der Gesprächsverlauf entwickelt sich meist erst in der Situation (Reuber & Pfaffenbach 2005: 132f., Gutscher et al. 1996: 55f.).

Ein Interview kann nicht völlig ohne Konzept auskommen. Auch bei narrativen Interviews beispielsweise steht mindestens eine Frage am Anfang, die den Verlauf vorgibt. Um meine Informationen zu erhalten, orientiere ich mich an einem Leitfaden. Dieser beinhaltet festgelegte Fragen und gibt eine klare Abfolge vor, die aber nur als Orientierung und Stütze dienen. Dieser Leitfaden (im Anhang) stellt somit eine Vorabkonstruktion dar und dient zusätzlich auch als Interviewhilfe. Daneben erleichtert er auch die Auswertung, da die Interviews einem ähnlichen Muster folgen. (Reuber & Pfaffenbach 2005: 134–139.)

Aufgrund der geringen Zahl der Bürgerinitiativen kann ich wenige Interviews führen. Ich habe dadurch aber den Vorteil, mit jeder Gesprächspartnerin und jedem Gesprächspartner ein längeres Interview zu führen und tiefer auf das Thema einzugehen. Die Offenheit der Fragen lädt zum Erzählen ein, dabei werden die Antworten komplexer und länger, und es kann hier und dort nachgefragt werden. (Meier-Kruker & Rauh 2005: 64f.).

Zu berücksichtigen sind nach Meier-Kruker & Rauh (2005: 63) unterschiedliche Gruppen von Interviewpartnerinnen und -partnern. Es wird nach Experten und Laien und nach Betroffenen und Beteiligten unterschieden. Es ist wichtig, je nach Forschungsthema, diese Gruppen auseinanderzuhalten. Meier-Kruker & Rauh (2005) erklären anhand eines Beispiels, dass die Abgrenzungen aber obsolet werden, wenn man bedenke, dass auch Betroffene beteiligt sein können (und umgekehrt), oder dass auch Laien über wesentliche Informationen verfügen, die anderen nicht zugänglich sind (Meier-Kruker & Rauh 2005: 63). Situative Faktoren, wie beteiligt oder betroffen zu sein, können sich auf die Wahrnehmung und Bewertung auswirken. Aber da meine Interviewpartner einer homogenen Gruppe von betroffenen und beteiligten Experten zuzuordnen sind, muss ich diesen Zusammenhang bei der Interpretation der Ergebnisse nicht beachten.

Vorteile der qualitativen Interviewtechnik sind unter anderem die Flexibilität: es können Themen aufgenommen werden, die sich im Verlauf ergeben, es können Fragen zur

Verständnissicherung gestellt werden und das Gespräch kann aktiv gelenkt werden. Die zu erwähnenden Nachteile sind die höheren Anforderungen an die Interviewerinnen und die Interviewer, die geringe Vergleichbarkeit der Ergebnisse und die schwierige Auswertbarkeit (Pingold 2007: 84).

Die Interviews zeichne ich mit einem Tonaufnahmegerät auf. Die Aufnahme erlaubt eine präzise Auswertung. Während des Gesprächs werden die Interviewerinnen und Interviewer entlastet und können sich auf das Gespräch konzentrieren. Anschließend werden die Aufnahmen transkribiert. Nach Meinung von Reuber & Pfaffenbach (2005: 153) entsteht mit einem Transkript eine neue Realität. Transkripte seien konstruktive Prozesse mit erheblicher Reduktion. Demnach sei ein Transkriptionstext die einzige Realität, die den Forscherinnen und Forschern zur Interpretation zur Verfügung steht; er sei die einzige Basis der interpretativen Auswertung (Reuber & Pfaffenbach 2005: 154).

Wie transkribiert wird, bestimmt die Fragestellung, denn nicht alles ist relevant für die Analyse. Das Transkript wird in sprachlicher Hinsicht bearbeitet. Es werden Satzbaufehler korrigiert, Dialekte bereinigt und der Stil geglättet, denn mündliche Texte können in geschriebener Form schief und unpassend wirken (Pingold 2007: 88, Reuber & Pfaffenbach 2005: 154).

Beim Übertragen des Gesagten ins Schriftdeutsche erfolgt bereits eine erste¹ Interpretation, daher ist eine übertriebene Genauigkeit nicht nötig (Reuber & Pfaffenbach 2005: 156). Wie bereits weiter oben erwähnt, ist der Text eine selektive Reduktion der Realität. Daher ist es vielmehr nötig, auf Zwischentöne zu achten, d. h. zu versuchen, die subjektive Dimension zu erfassen. In der qualitativen Forschungsmethode stehen Deuten und Verstehen im Vordergrund, daher gehe ich mit dem Transkriptionstext – die Subjektivität ist unvermeidlich – interpretativ-verstehend vor. In diesem Aufbereitungsprozess werde ich dementsprechend einige wenige Sätze abgekürzt wiedergeben, streichen, ergänzen oder sogar verändern, allerdings nur marginal, der Text bleibt dennoch nah am gesprochenen Original.

Die Vorteile qualitativen Vorgehens sind unter anderem die Offenheit, denn nicht alle Schritte sind festgelegt, und das Ziel kann daher flexibel erreicht werden. Über den Kontext des persönlichen Gesprächs können zusätzliche Hintergrundinformationen

¹ Die zweite Interpretation erfolgt bei der Auswertung.

erfasst werden. Bereits im Forschungsprozess können Aussagen eingeordnet und verknüpft werden (Pingold 2007: 81f.).

Die Nachteile sind unter anderem der größere Zeitaufwand der Interviews, die fehlende Objektivität, da die Forscherinnen und Forscher ebenfalls Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind und in den Forschungsprozess einwirken (Raffelsiefer 1999: 21), und die fehlende Reproduzierbarkeit: Ein Interview kann nicht zweimal gleich geführt werden (Meier-Kruker & Rauh 2005: 32). Die Ergebnisse nachzuprüfen ist schwierig, denn die Forscherinnen und Forscher können Entscheidungen im Laufe der Datenerhebung modifizieren (Gutscher et al. 1996: 57). Außerdem besteht die Gefahr der Parteilichkeit, die durch Hervorhebung bestimmter Aspekte entsteht, oder ein unreflektiertes persönliches Interesse, das den Erkenntnisprozess behindert (Meier-Kruker & Rauh 2005: 16). Die Ergebnisse haben keine Allgemeingültigkeit, sie beziehen sich auf eine einmalige Situation (Raffelsiefer 1999: 21). Bei dieser Methodik geht es hauptsächlich um die Plausibilität der Ergebnisse (Reuber & Pfaffenbach 2005: 150).

TEIL A: THEORIE

2 Stand der Forschung

Es lassen sich zahlreiche wissenschaftliche Publikationen aufzeigen, in denen das Begriffspaar Wahrnehmung und Bewertung als ein Aspekt neben anderen thematisiert wird, also nicht unbedingt im Hauptinteresse der Forschung steht.

Ebenso zahlreich sind Artikel, in denen das zentrale Untersuchungsobjekt der Mensch ist, und das Forschungsinteresse deutlich der Wahrnehmung und Bewertung seiner Umwelt gilt. Die Themen reichen von Natur- und Landschaftswahrnehmung, über Bewertung von Planungsmaßnahmen, städtische Wahrnehmungsbilder bis zu Wahrnehmung und Bewertung von Umweltrisiken.

Die Wahrnehmung und Bewertung von Umweltbelastungen und -problemen hat Gebhardt (1990) zum Thema. Er fragt nach der Wohnsituation in industrienahen Wohngebieten und kommt zum Ergebnis, dass verschiedene Bewohnergruppen unterschiedliche Umweltwahrnehmungen und Bewertungen haben. Das subjektive Empfinden einer Gefährdung sei größer als das tatsächliche Gefahrenpotential, das von Industrieanlagen ausgeht.

Wahrnehmungen und Bewertungen sind häufig diffus, stellt Pingold (2007) fest, sie sind schwer in Kategorien einzuordnen. So wird anhand von Josephs (2003) Untersuchungen zur Naturwahrnehmung deutlich, dass die Natur mit persönlicher Gewichtung belegt ist. Jeder habe subjektive Assoziationen zur Natur, so dass die Bedeutung der Natur rein subjektiv sei. Nach Raffelsiefer (1999) gibt es keine geographische Realität: Die Grundlage der Umwelt sei ein subjektives Vorstellungsbild. Dementsprechend ist der Untersuchungsgegenstand in der Studie der Autorin das Vorstellungsbild, also die geistigen Prozesse, die hinter diesem Bild stehen.

Diese Artikel machen bereits deutlich, dass es um immaterielle Bedeutungen der menschlichen Umwelt geht. Im Sinne des Konstruktivismus geht es um das subjektive Abbild der Realität.

Bei Nutzungs- oder Ressourcenkonflikten wird sichtbar, dass Ressourcen oder Flächen aktorenspezifisch unterschiedliche Bedeutungen haben können. Reuber (2005) zeigt in seinem Artikel, dass Akteure eine höchst spezifische, subjektive Wahrnehmung von

Situationen haben, die sich von anderen deutlich unterscheiden. Konflikte seien eine Art gesellschaftliches Handeln, und die Basis des Handelns wiederum sei somit die subjektiv wahrgenommene Realität. Demnach könne ein Konflikt aus handlungstheoretischer Sicht erklärt werden. Auch Coy (2007) erwähnt unterschiedliche Problemwahrnehmungen der jeweiligen Akteursgruppen bei Konflikten, die sich an unterschiedlichen Kriterien orientieren.

Eine nennenswerte Arbeit über Konflikte liegt von Schlecht et al. (2008) vor. Diese ist im Kapitel zur Theorie auf Seite 22 ausführlich dargelegt; vorweggenommen geht es um das Verhältnis von Unternehmen und der Öffentlichkeit. Die Autoren behandeln das komplexe Beziehungsgeflecht beider Akteursgruppen und den bestehenden Interessenkonflikt. Dabei werden verschiedene Konfliktursachen und -arten untersucht.

Wie das Problem Wahrnehmung und Bewertung in anderen Forschungsarbeiten behandelt wird und wie dort die Vorgehensweise der Untersuchungen ist, stelle ich auf den folgenden Seiten dar.

Raffelsiefer (1999) beschäftigt sich in ihrer Arbeit ausführlich mit dem Begriffspaar Wahrnehmung und Bewertung. Anhand eines Naturschutzgebietes versucht sie zu erklären, wie Individuen Natur wahrnehmen. Sie stellt fest, dass Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse auf der kognitiven Ebene stattfinden (Raffelsiefer 1999: 7). Dabei werden Primärinformationen aufgenommen, gefiltert, selektiert und mit bestehendem Erfahrungs- und Wertesystem verknüpft und zu einem subjektiven Vorstellungsbild verarbeitet. Entscheidend für die Wahrnehmung seien zudem die Kapazität, Erfahrungen, Motive, Einstellungen, Bedürfnisse und Normen. Das Naturverständnis leite sich demnach durch den Vergleich der wahrgenommenen Realität und dem erwünschten Zustand ab. Die Natur werde so beurteilt und bewertet. Noch detaillierter behandelt Joseph (2003) den Aspekt der Naturwahrnehmung. In ihrer Untersuchung stehen subjektive Assoziationen und Bewertungen der Natur im Mittelpunkt. Sie versucht dabei Empfindungen und ästhetische Aspekte der Natur zu ermitteln. Für die Befragten sei Natur ein Raum mit Empfindungen und Bedürfnissen. Konnotationen zum Begriff Natur machen deutlich, dass die Natur einen ideellen Gehalt habe. Sie werde hauptsächlich als Kompensationsraum für Ruhe und Erholung gesehen.

Pingold (2007) macht in seiner Arbeit deutlich, dass eine Landschaft ein reflexives Gebilde darstellt und im Kopf konstruiert wird. Jedes Jahrhundert habe seine eigene

Landschaftsanschauung. Für Pingold ist Landschaft das Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen, d. h. es habe einen Wandel in der Wahrnehmung gegeben, der durch gesellschaftlichen Wandel ermöglicht wurde. Heute gilt die Natur als eine schöne Landschaft, im Gegensatz dazu galt sie früher als bedrohlich, aber auch zwecklos und unschön (Pingold 2007: 56, Joseph 2003: 19). Maßgeblich, so der Autor, ist der Wandel subjektiver Erfahrungsmöglichkeiten und Erlebnischancen, und diese wiederum hängen von der Mobilität, dem Wohlstand und der Freizeit ab. Wie bereits erwähnt, ist die Wahrnehmung von kulturellen Normen und Wertvorstellungen abhängig. Wichtige Aspekte seien dabei aber auch der Standort, das Interesse und das Wissen. Die Wahrnehmung erfolge nicht nur subjektiv, sondern auch selektiv; das bedeute, dass man auch nur sieht, was man sehen will.

Pingold macht noch einmal deutlich, dass die Beurteilung von Landschaft nicht nur subjektiv erfolgt, sondern auch sozialen Normen entspricht (Pingold 2007). Raffelsieffer (1999: 16) spricht von Wahrnehmungsgruppen, die gleichartig wahrnehmen, obwohl Wahrnehmung individuell ist. Individuen erlernen gesellschaftlich auferlegte Wertemuster, die ein Orientierungsraster bilden und die Wahrnehmung lenken und strukturieren. So ist bei Gebhardt (1990) auch zu sehen, dass Wahrnehmung und Bewertung gruppenspezifisch ähnlich sein kann. Die Wahrnehmung und Bewertung hänge vom Zeitpunkt der Untersuchung, der Altersgruppe der Befragten und der sozialen Schichtzugehörigkeit ab. Auch seien sie anders bei jenen, die im wenig industrialisierten Raum aufgewachsen sind, oder finanziell und zeitlich ungebunden sind und dem Störfaktor ausweichen können (Gebhardt 1990: 128).

Ein auffallendes Ergebnis ist, dass Eigen- und Fremdimage unterschiedlich sind. Außenstehende beurteilen die Wohnsituation der Betroffenen sehr negativ. Die Sicht der betroffenen Bewohner sei jedoch viel differenzierter. Bei ihnen spiele die Industrie im Alltagsleben eine geringe Rolle. Relevanter hingegen seien Lärmbelästigung, Mangel an Infrastruktur oder der Ausländeranteil. Je nach Alter, Sozialstruktur und Wohndauer differiere die Beurteilung der Wohnsituation (Gebhardt 1990: 134). Die Fehleinschätzung von Umweltbelastungen hänge von Raumvorstellungen ab, sie seien bei der Mehrzahl von Befragten Menschen unpräzise, daher entstehe das negative Bild. Gebhardt (1990: 138) untersucht die Belastungswahrnehmung in Abhängigkeit von der Distanz. Bei der Mehrzahl der Befragten gibt es Fehleinschätzungen bei der Entfernung. Bedrohlich nah sehen diejenigen die Belastungsquelle, die unzufrieden mit ihrer

Wohnsituation sind. Die anderen empfinden die Belastungsquelle in einer größeren Entfernung. Die Wohnqualität hänge also nicht von einer diffus wahrgenommenen Belastung eines Betriebs ab, sondern von der Gesamtbewertung des Wohngebiets (Gebhardt 1990: 141).

Mit Müller (2010: 75) kann man hervorheben, dass solch eine persönliche Einschätzung als das Ergebnis einer kognitiven Bewertung von gemachten und machbaren Wahrnehmungen ist. In der kriminologischen Forschung bspw. wird die empfundene Kriminalitätsgefährdung mit der objektiven Gefährdung in Beziehung gesetzt. Diese stünden nicht im Zusammenhang und seien mit der realen Entwicklung von Kriminalität nicht gleichzusetzen. Die Unsicherheit könne nicht losgelöst vom Subjekt betrachtet werden. Der Beobachter nehme eine individuelle Einschätzung des Geschehenen vor. Die Umgebung, so Müller weiter, existiert nicht nur als physische Erscheinung, sondern als Situation, in der das Individuum die Umgebung als subjektive Gestalt wahrnimmt, auch vor dem Hintergrund der eigenen Biographie und der aktuellen Lebenssituation. Eine unsicher wahrgenommene Umgebung sei also das Ergebnis einer kognitiven Syntheseleistung (Müller 2010: 87).

Wie bereits weiter oben erwähnt wurde, sind Konflikte ein Konkurrieren um knappe Ressourcen, wie bspw. um einen Standort. Dieser wird nach Reuber (2005: 7) nicht objektiv gesehen, sondern von Akteuren wahrgenommen, bewertet und instrumentalisiert. Es bilden also unterschiedliche Sichtweisen und Interessen den Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen. Welche Akteure nun ihre Interessen durchsetzen können, hänge von Machtpotentialen ab. Macht kann nach Pütz & Rehner (2007: 37) als Potential und als Möglichkeit gesehen werden, Macht über jemanden auszuüben oder Macht mobilisieren zu können. Ob Akteure ihre Ziele erreichen können, hänge von der Handlungssituation und der Akteurskonstellation ab, aber auch von Machtressourcen. Diese sind den Autoren zufolge Kontakte und Netzwerkkonstellationen, kommunikative Fähigkeiten, aber auch physisch-materielle Ressourcen wie Bodenbesitz. Machtverhältnisse seien in konkreten Interaktionen sichtbar, bspw. seien Planungsprozesse von Machtbeziehungen geprägt (Pütz & Rehner 2007: 39). Macht sei ein elementarer Bestandteil gesellschaftlicher oder politischer Prozesse. Machtorientiertes Verhalten beruhe auf Kalkülen über bestmögliche Strategien zur Durchsetzung von Interessen einzelner Akteure (Pütz & Rehner 2007: 40).

Ammerl (2007: 89) zufolge sind Entscheidungs- und Planungsprozesse hierarchisch, und das Planungspersonal ist zu weit von der lokalen Bevölkerung entfernt. Er fordert Partizipationselemente in der Stadtplanung; die Bewohner müssten als Experten berücksichtigt werden. Außerdem werde das Potential und das Wissen der Bevölkerung vor Ort nicht ausreichend genutzt, denn gerade sie haben das Wissen von Problemen vor Ort. Kommunikationsstrukturen müssen dabei verbessert und die Transparenz erhöht werden (Ammerl 2007: 92).

Auch Dziomba & Matuschewski (2007: 8) beanstanden, dass beteiligte Parteien unterschiedliche Einflussmöglichkeiten haben. Die Steuerungsinstrumente Recht, Geld und Macht seien ungleich verteilt. Das führe dazu, dass Bürgerbeteiligung auf bloße Information reduziert oder auf nebensächliche Themen verlagert werde. Durch Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Akteuren würden Verhandlungen vermehrt in kleinen Kreisen stattfinden, so dass Partizipation und Transparenz stark eingeschränkt werden. Bürgerbeteiligung werde so verhindert, weil die Stadtverwaltung ihre Entscheidungskompetenzen delegiert. Eine demokratische Legitimierung sei aber bei Entscheidungen notwendig, bei denen hohe Summen öffentlicher Gelder ausgegeben werden und die das Gemeinwohlinteresse berühren (Dziomba & Matuschewski 2007: 9, Ibert 2007: 56), aber das Allgemeinwohl zu vertreten, sei abhängig vom Verhandlungsgeschick. Daher müssten Akteure mit Ressourcen und Verhandlungsmacht ausgestattet sein.

Ibert (2007: 61) sieht im Falle von Großprojekten wenige Chancen dafür, denn der öffentliche Diskurs werde stark polarisiert; zudem seien die Sichtweisen und das Erleben der beteiligten Akteure ungleich. Zöllner (2004) diskutiert in ihrem Beitrag ebenfalls das Problem, dass Dialogpartner sich nicht auf gleicher Ebene befinden. Obwohl Unternehmen verstärkt auf den Dialog mit der Öffentlichkeit setzen, finde dennoch keine überzeugende Auseinandersetzung statt. Mangelnde Akzeptanz gehe auf unbearbeitete Konflikte zwischen Akteursgruppen zurück. Vermehrte Konflikte sind nach Zöllner dem gesellschaftlichen Wertewandel geschuldet. Menschen wollen vermehrt Einfluss im Arbeitsleben und in der Politik mehr Mitsprache haben, und weniger Gehorsam leisten (Zöllner 2004: 18). Durch Auseinandersetzung, Dialog und Verhandlung könne sich etwas verändern. Doch Ziele erreichen Akteure nur, wenn sie über soziale Ressourcen wie Macht, Reichtum und Prestige verfügen. Im Dialog können Ressourcen getauscht werden, z. B. könne die Politik Partizipation bieten, um Sozialprestige zu erhalten; ein Unternehmen könne transparente Informationspolitik betreiben, um

Glaubwürdigkeit zu gewinnen (Zöller 2004: 24). Zöller sieht den Raum als ein Produkt sozialer Prozesse handelnder Akteure mit Kommunikation, Interaktion und Beziehung; dieser Beziehungsraum werde von Akteuren jeweils aus ihrer Sicht gesehen (Zöller 2004: 28). Unternehmen müssen daher auch andere Gruppen beachten. Beachtung finden müssen unter anderem nichtmarktliche Faktoren wie politische Stabilität oder Legitimität in den Augen der Öffentlichkeit. Diese öffentlichen Gruppen haben zwar keine große Verhandlungsmacht, aber die öffentliche Akzeptanz sei ein wichtiges Erfolgskriterium für Unternehmen (Braun 2002: 21, Zöller 2004: 45). Unternehmen stünden in der Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, weil sie Kollektivgüter massiv beeinträchtigen.

Es bestehe sowieso ein grundsätzlicher Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie. Ein Problem sei bspw., dass den Unternehmen externe Kosten nicht angelastet werden. Das gesellschaftliche Umfeld müsse daher Signale senden, damit sich das Umweltverhalten der Unternehmen verändere (Braun 2002: 20). Da aber Standortwirkungen unterschiedlich beurteilt werden, bleiben Konflikte bestehen; d. h. Flächennutzungskonkurrenzen entstehen durch Überlagerung von Ansprüchen an den Raum. Ziel müsse ein Informationsaustausch sein, denn eine glaubwürdige Kommunikation sei sehr bedeutend. Zöller (2004: 55) bemerkt weiterhin, dass Betroffene von der Industrie verursachte Immissionen zwar wahrnehmen, wenn die Belastungswerte jedoch sinken, falle dies den Betroffenen nicht auf. Es wird also nur das Vorhandensein wahrgenommen und bewertet. Wie bei Gebhardt (1990) weiter oben, wird auch hier der Umweltzustand je nach der Qualität des Wohnumfelds beurteilt. Da Standortwirkungen unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden, stehen sich Akteure mit gegensätzlichen Standpunkten gegenüber. Nur durch Kommunikation und Debatten können diese erörtert werden. Standpunkte beruhen meist auf Wahrnehmung und Bewertung und auf Wertedifferenzen, und können aber auch auf mangelndes Wissen zurückgehen (Zöller 2004: 73). Daher muss bei einem Dialog mit Experten und Laien beachtet werden, dass Konflikte auf einer subjektiv wahrgenommenen Realität basieren (Reuber 2005: 7).

3 Theoretische Ansätze und Perspektiven zur Erklärung von Wahrnehmung und Bewertung

Im Folgenden werden zwei Ansätze vorgestellt, die den Prozess der Wahrnehmung und Bewertung erklären können. Zum einen wird er durch den wahrnehmungsgeographischen Ansatz von Weichhart (2008) erklärt, der die verhaltensbezogene Perspektive betrachtet, und zum anderen durch den konfliktgeographischen Ansatz von Reuber (1999), der die handlungsorientierte Perspektive betrachtet. Beide beziehen sich gleichermaßen auf solche Prozesse, die auf der kognitiven Ebene des Menschen ablaufen.

3.1 Wahrnehmungsgeographisch

Die Verhaltens- und Wahrnehmungsgeographie² beschäftigt sich mit psychologischen und soziologischen Ansätzen. Diese können erklären, wie Personen beispielsweise die Natur wahrnehmen und bewerten. Es werden die im Menschen ablaufenden, geistigen Prozesse erklärt (Raffelsiefer 1999: 14f.). Im Folgenden werden mikroanalytische Ansätze aufgezeigt. Darin stehen das menschliche Subjekt und sein räumliches Verhalten im Vordergrund.

Die **verhaltenswissenschaftliche Perspektive** basiert auf dem „Stimulus-Wahrnehmungs-Reaktions-Modell“ (Weichhart 2008: 140). Das räumliche Verhalten des Menschen sei nicht von objektiven Gegebenheiten, sondern von subjektiv wahrgenommenen Strukturen der Realität abhängig. Um das räumliche Verhalten zu erklären, müssen Wahrnehmung und Vorstellung erforscht werden, so Weichhart (2008: 141).

Die Gegebenheiten der realen Welt werden über die Sinnesorgane aufgenommen und als Information genutzt. Informationen werden Weichhart (2008: 141) zufolge mit Wertvorstellungen in Beziehung gesetzt. Aus dem interpretativen Vergleich werde ein bestimmtes Image gebildet, – ein Vorstellungsbild der Realität.

Ein Image sei kein bloßes Abbild der Umwelt, sondern ein verändertes, gedeutetes, uminterpretiertes und ein grob verzerrtes Abbild. Räumliches Verhalten resultiere demnach aus dem im Bewusstsein entstandenen Vorstellungsbild. Durch den Wahr-

² Nach Weichhart (2008: 140) werden die Begriffe „verhaltenswissenschaftlich“ und „wahrnehmungsgeographisch“ gleichbedeutend genannt. Auch die Zusammensetzung zu „verhaltenswissenschaftliche Wahrnehmungsgeographie“ findet Verwendung.

nehmungsprozess komme es zur Vereinfachung, Veränderung und Verzerrung der Informationen, so dass es auch zu einem Ausblenden einiger Realitätsaspekte und zu einer Umdeutung kommen könne (Weichhart 2008: 142).

Dieser Ansatz des Behaviorismus, der aus der Psychologie stammt, erklärt menschliches Verhalten als eine Reaktion auf Umweltreize. Das heißt, die Reaktion geht von einem Umweltreiz aus, der dann über den Wahrnehmungsprozess zu einer bestimmten Reaktion führt (Weichhart 2008: 143). Dieser Zwischenprozess – die Wahrnehmung – habe die Wirkung eines Filters, der im Bewusstsein zu lokalisieren sei. Er verändere und modifiziere den Input. So ist dem Autor zufolge die Wirkung der Wahrnehmung keine direkte Funktion des Umweltreizes, sondern eine im Bewusstsein bewirkte Modifikation des Reizes.

Menschliches Verhalten und Tun ist jedoch zu komplex oder komplexer als es dieses Modell darstellen kann. Für Weichhart (2008: 146) soll menschliches Verhalten demnach nicht verkürzt auf eine Reizreaktion dargestellt werden. Hierzu stellt er das **organismische Kognitionsmodell** vor: Zwischen Umweltreiz und Verhalten bestehe ein ganzes System verschiedenster Bewusstseinsprozesse. Daneben sind aber auch Persönlichkeitsmerkmale, Sozialisation usw. bedeutend. Daher würden gleiche Reize völlig unterschiedliche Verhaltensweisen bei unterschiedlichen Individuen bewirken.

Informationen über die räumliche Struktur der realen Umwelt werden über kognitive Zwischenprozesse verändert. Diese veränderten Informationen führen zu einer bestimmten Reaktion und zu einem bestimmten räumlichen Verhalten (Weichhart 2008: 147). Dieses Modell stellt die Gegebenheiten der kognitiven Zwischenprozesse differenzierter dar und berücksichtigt mehr Einflussfaktoren als das vorangegangene Modell. Weichhart (2008: 147) spricht hier von einem Informationsfilter, der Umweltreize filtert: Alles was dem Individuum uninteressant erscheint, wird ausgeblendet, und es kann verdrängt werden, was unangenehm ist; Erfreuliches kann verstärkt und Bekanntes herausgehoben werden.

Faktoren, wie Bedürfnisse, Motive, Werthaltungen, Einstellungen und daneben die Persönlichkeitsstruktur und der soziokulturelle Kontext beeinflussen die Verarbeitungsprozesse. Im Sinne von Weichhart (2008: 148) resultiert nun das konkrete Verhalten aus der kognitiv modifizierten Reaktion des Umweltreizes.

Weichhart (2008: 150) stellt ein weiteres Mensch-Umwelt-Interaktions-Modell vor, das aus der **Gestaltpsychologie** entnommen ist. In der Gestaltpsychologie ist das Bewusstsein ein wichtiger Forschungsgegenstand. Das Schlüsselkonzept ist die Wahrnehmung, die eine intervenierende Variable zwischen Reiz und Reaktion darstellt. Das beobachtbare Verhalten wird hier nicht als Folge von Umweltreizen gesehen, sondern es sei das Ergebnis der veränderten Informationen durch die Wahrnehmung. Sinnesdaten würden durch mentale Operationen zu einer Gestalt konstruiert.

Der Mensch hat die Fähigkeit zur Gestaltwahrnehmung und zur Mustererkennung. Sogar bei minimalen Informationen kann das Individuum durch Sinneswahrnehmung Schlussfolgerungen über die Umwelt ableiten. Zum Beispiel kann der Mensch aus spärlichen Informationen durch einen aktiven kognitiven Prozess eine Struktur erkennen (Weichhart 2008: 151).

Weichhart (2008: 152) bemerkt, dass die Wahrnehmung auch kulturell geprägt wird. Jede Kultur hat ihre eigenen Muster, die vorgeben wie etwas gedeutet wird. In der europäischen Kultur konnte man erst seit dem historischen Zeitalter der Renaissance ein Bild als dreidimensional erkennen. Im Grunde sei es hiernach keine Wahrnehmung, sondern eine kognitive Interpretation und Deutung.

Zwischen den Reizen und den Reaktionen gibt es eine mentale Zwischenwelt, so wie es der Autor nennt. Diese Zwischenwelt nimmt eine Art Vermittlerrolle ein, und beeinflusst die Beziehung zwischen Reiz und Reaktion (Weichhart 2008: 153).

Umweltinformationen werden über die Sinnesorgane aufgenommen. Sie sind körpereigene Rezeptoren, mit denen man Zustände in der Umgebung wahrnehmen kann. Zu nennen sind der Sehsinn, das Gehör, der Geruchssinn, der Tastsinn, das Gleichgewichtsgefühl und die Wärmeempfindung. Die Sinnesorgane messen einen sehr beschränkten Ausschnitt der Realität, weil sie einen sehr eingeschränkten Messbereich besitzen (Weichhart 2008: 163).

Diese Beschränktheit der Sinnesorgane sei ein erster und wichtiger Filter der Umweltwahrnehmung. Durch die Kognition werden dann die Sinneseindrücke weiterverarbeitet und zum Gegenstand konstruiert, und dann schließlich folgt der sprachliche Ausdruck (Weichhart 2008: 164f.).

Die Kognition ist die Interpretation der Sinneswahrnehmung und eine interne Repräsentation der Realität. Kognition ist demnach der Prozess der Begriffsbildung, der Objektidentifikation und der Vorstellung. Unter Wahrnehmung wird eigentlich nur der

Prozess der direkten Reizerfassung verstanden, aber in der Literatur wird der Begriff so verwendet, dass er auch die Kognition umfasst (Weichhart 2008: 165).

Die Ergebnisse von kognitiven Prozessen werden nicht direkt in Verhalten umgesetzt, denn Bewusstseinsprozesse sind eingebettet in eine soziokulturelle Umgebung. Sie steuern den weiteren Prozess. Erst aus dem Vergleich der wahrgenommenen und kognitiv weiterverarbeiteten Informationen und Werte und dem individuellen Anspruchsniveau resultiert über Entscheidungsprozesse das aktuelle Tun. Dadurch kommt es zu einer Auswirkung oder Rückwirkung auf die Umwelt (Weichhart 2008: 166).

Für Weichhart kann die Wahrnehmung auch hier nicht auf eine simple Dekodierung einlaufender Prozesse reduziert werden, daher muss zwischen den Umweltreizen, die aufgenommen werden und der kognitiven Repräsentation dieser Reize, das im Bewusstsein den Reiz repräsentiert, unterschieden werden (Weichhart 2008: 166).

Was im Bewusstsein entsteht, sei ein völlig neues Konstrukt. Dieses ist aufgebaut aus den Reizen, und zu einem hohen Teil ist es aber ein Produkt vergangener Erfahrungen, so der Autor. Die Informationsverarbeitungskapazität ist zudem begrenzt, man kann nur eine bestimmte Menge verarbeiten und zudem wird bereits vorher selektiert (Weichhart 2008: 166).

Die Verarbeitung habe auch mit der Motivation zu tun, denn es werden nur solche Umweltreize rezipiert, die für das Individuum gerade aktuell, wichtig oder bedeutsam sind. Auch Motivationen sind zeitlichen Änderungen unterworfen und auf spezifische Lebenssituationen bezogen (Weichhart 2008: 167).

Der Autor folgert, dass der Mensch kein passiver Rezeptor von Informationen ist, sondern er sucht Informationen aktiv, und er steuert und lenkt seine Wahrnehmung selbst. Diese Informationssuche ist dabei abhängig von der Lebenssituation und vom Handlungskontext. Die Informationsaufnahme wird also gelenkt von Zielen und Motiven (Weichhart 2008: 168).

Die kognitiven Fähigkeiten des Menschen leisten mehr, als nur die Sinneswahrnehmungen auszuwerten. Auch wenn geringe Informationen vorliegen, ist der Mensch in der Lage, Zusammenhänge aufgrund von früheren Erfahrungen zu deuten und zu interpretieren (Weichhart 2008: 168).

Gesonderter Blick auf die Bewertung

Mit Raffelsiefer (1999) zeige ich noch einmal zusammengefasst den Wahrnehmungs- und Bewertungsprozess auf, insbesondere weil sie in ihrem Text den Bewertungsbegriff näher betrachtet.

Die Autorin bemerkt, dass Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse auf der kognitiven Ebene stattfinden. Aus der individuellen Wahrnehmung werden dann Vorstellungsbilder und Bewertungen abgeleitet. Wahrnehmung und Bewertung werden demnach nicht getrennt voneinander betrachtet, denn im Prozess der Wahrnehmung finden Bewertungen zur Selektion der Informationen statt (Raffelsiefer 1999: 17). Informationen werden aufgenommen, gefiltert, selektiert und mit dem bestehenden Erfahrungs- und Wertesystem verknüpft. Durch diese Informationsverarbeitung konstruiert sich der Mensch ein subjektives Vorstellungsbild von seiner Umwelt als Basis für seine Entscheidungen und die daraus abgeleiteten raumrelevanten Verhaltensweisen (Raffelsiefer 1999: 17). Die Selektion erfolge unbewusst und nach subjektiven Bewertungskriterien; sie erfolge nach der Relevanz. Durch die Bewertung und den Vergleich neuer Informationen mit den Vorerfahrungen werde das Wahrgenommene im Kopf zu einem neuen Vorstellungsbild zusammengesetzt (Raffelsiefer 1999: 18). Den Gegenständen, die das Individuum interessieren, werden Werte und Funktionen zugeschrieben oder sie lösen Assoziationen aus, und das Individuum reagiere sensibler darauf als auf neutrale Gegenstände (Raffelsiefer 1999: 19).

Als Beispiel nennt die Autorin das Vorstellungsbild von der Natur. Dieses Bild werde von Wahrnehmungen, Interessen und Erfahrungen beeinflusst, erst dadurch entstehe ein Naturverständnis. Wie die Natur sein soll – ein Soll-Zustand – werde dabei geformt. Die Bewertung sei folglich ein Vergleich zwischen dem Soll- und dem Ist-Zustand. Dabei ist der Soll-Zustand ein erwünschter Zustand, sozusagen ein Leitbild. Der Ist-Zustand ist die wahrgenommene Realität (Raffelsiefer 1999: 21). Die Bewertung drückt das Verhältnis des wertenden Subjekts gegenüber den gewerteten Objekten aus. Dadurch bezieht man Stellung, nimmt eine Position ein, setzt Präferenzen, wählt, plant oder entscheidet. Da die Bewertungen auf der Individualebene ablaufen, hängen sie vom Wertesystem, vom Wissen und von Emotionen ab. Auch die Kriterien zur Ermittlung eines Ist-Zustands seien bereits Bewertungen, das bedeute, dass es eine objektive Bewertung nicht geben kann (Raffelsiefer 1999: 63).

3.2 Konfliktgeographisch

Den Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen bilden akteursspezifisch unterschiedliche Sichtweisen und Interessen auf bzw. an den Raum. Diese konstruktivistische Aussage macht deutlich, dass die Basis des Handelns immer eine subjektive Realität ist (Reuber 1999: 6). Konflikt wird von Reuber (1999: 7) wie folgt definiert: Verschiedene Akteure sind von unterschiedlichen Zielen geleitet und verfolgen verschiedene Verwertungsinteressen an derselben Stelle; oder: Eine von zwei Parteien versucht eine Position einzunehmen, die von anderen für sich beansprucht wird.

Aber es kann nur zum Konflikt kommen, wenn Handlungsmöglichkeiten bestehen.

Ein raumbezogener Konflikt sei nichts anderes als eine Variante menschlicher Interaktion oder eines gesellschaftlichen Handelns (Reuber 1999: 8).

Ein soziologisches Problem stellt das Mikro-Makro-Problem dar, das bei raumwirksamen Entscheidungen zum Tragen kommt. Bei dem Problem stellt sich die Frage, wie weit ein Akteur seine Entscheidungen selbst trifft und wie stark er von gesellschaftlichen Institutionen eingeschränkt ist (Reuber 1999: 8).

Der soziale Kontext bestimmt zunächst das Handeln. Die räumlichen Rahmenbedingungen können zwar leichter untersucht werden, aber die subjektiven Raumwahrnehmungen und -bewertungen können dabei nicht erfasst werden, so der Autor.

Für die geographische Konfliktforschung sei also die Frage sinnvoller, in welchem Wechselverhältnis individuelle, soziale und räumliche Komponenten im Rahmen raumbezogener Entscheidungsprozesse stehen (Reuber 1999: 9).

Der Autor erwähnt neuere Ansätze, die Akteurshandlungen als Produkt individueller Präferenzen und gesellschaftlicher Spielregeln verstehen. Die einzelnen Akteure handeln demnach zweckgerichtet und zweckrational, aber es bestehe Kritik am überzogenen Zweckrationalismus des Menschen. Moderne Rational-Choice-Theorien hingegen haben eine modernere Sicht. Die rationale Wahl bedeute heute nicht mehr weltfremde Vernunftentscheidungen, sondern sie bedeute solch ein Handeln, das den Zielen des Akteurs diene. Rational bedeute heute vernünftig, bezogen auf Ziele, Zwecke, Wünsche, Überzeugungen und Wissen des Akteurs. Entscheidend aber sei dennoch die Eigennutzenorientierung; doch nicht die des klassischen Homo Oeconomicus, denn anstelle der Postulate wie vollkommene Markttransparenz usw. treten unvollständige und subjektive Ausgangsbedingungen. Grundlegend sei das konstruktivistische Leit-

bild (Reuber 1999: 14). Der Konstruktivismus besagt, dass die wahrgenommene Ausgangssituation konstruiert sei, das sei die Basis jedes Handelns.

Bei der Grundannahme des Rational-Choice entscheiden sich die Einzelnen zwischen zwei Alternativen für jene, die ihnen bei dem gegebenen Stand ihrer Information zusagt. Einschränkungen und Grenzen dieser rationalen Entscheidung sind subjektive Einschätzungen der Ausgangssituation, die unvollständige Kenntnis verfügbarer Alternativen und die Rolle der gesellschaftlichen Normen (Reuber 1999: 15).

Da Handeln immer eine subjektive Rationalität darstellt, ist es auch immer ein Bewerten und Abwägen bestimmter Alternativen – ein Wahrnehmen und Bewerten.

Der Auswahl von Handlungsalternativen (Selektion) ist ein subjektiv-bewertender Abwägungsprozess vorgeschaltet (Bewertung), er selbst beruht auf einer subjektiv-selektiven Wahrnehmung und einer Konstruktion der Entscheidungsgrundlage. Zum Entscheidungsprozess kommen zudem Normen und Wertmaßstäbe hinzu. Berücksichtigt wird also auch das Wirken gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen (Reuber 1999: 16). Strukturelle Einflüsse können nur in ihrer wahrgenommenen Form handlungsrelevant werden. Aspekte der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung erhalten dadurch eine wichtige Stellung. Es wird dadurch sichtbar, wie das rationale Handeln konstruktivistisch relativiert wird.

Reuber (1999: 20) thematisiert den Public-Choice-Ansatz, der die Rolle gesellschaftlicher Regeln betrachtet. Eine Akteurin oder ein Akteur nimmt einen Nutzen-Verzicht in Kauf, wenn sie oder er langfristig einen Nutzen erhält, weil die anderen nach denselben Regeln handeln. Durch soziale Normen, Wertvorstellungen, Gesetze, Institutionen und durch verinnerlichte Normen des eigenen Gewissens geraten die Nutzenmaximierer nicht in Versuchung, die Regeln zum eigenen Vorteil zu brechen, die die anderen einhalten. Reuber (1999: 20) spricht hier von einem demokratischen Handeln. Die indirekte Demokratie ist in dem Sinne eine Einrichtung, die zwischen sich misstrauenden Menschen Vertrauen ermöglicht. Die Politikerinnen und Politiker sollen einerseits die Bürgerinnen und Bürger von den Kosten der direkten Demokratie entlasten, andererseits besteht damit die Gefahr, dass sie ihre Sonderrolle ausnutzen, um eigene Interessen zu Ungunsten des Allgemeinwohls durchzusetzen. Die Politikerinnen und Politiker sind aber deswegen gewählt geworden – für die Durchsetzung des Allgemeinwohls.

Die gesellschaftlichen Strukturen bilden dabei die Rahmenbedingungen für das Handeln des einzelnen Akteurs; wobei die gesellschaftlichen Strukturen subjektiv unterschiedlich wahrgenommene Konstruktionen sind.

Reuber (1999: 23) wirft die Frage der Macht auf, sie bildet im Konflikt eine entscheidende Rolle. Jeder einzelne Akteur hat einen unterschiedlichen Zugang und Kontrolle über Regeln und Ressourcen in einem Konflikt und daher ein unterschiedliches Machtpotential und eine unterschiedliche raumbezogene Prägekraft.

Macht ist ein integraler Bestandteil der Gesellschaft und jeder Handlung. Handeln hänge von der Fähigkeit ab, Macht auszuüben. Ohne Macht lassen sich Ziele nicht durchsetzen. Nur solche Personen verfügen über Macht, die ihre Interessen durchsetzen können, so dass die Interessen der anderen nicht realisiert werden (Reuber 1999: 25).

Das Wissen des Menschen über die Welt ist nicht sicher und nicht objektiv. Die Welt stellt sich für jeden einzelnen Menschen anders dar. Sie wird unterschiedlich wahrgenommen, und jeder Mensch bewertet sie unterschiedlich auf persönlichen Erfahrungen basierend anders als jeder andere. Er kommt zu unterschiedlichen räumlichen Sichtweisen und Verwertungsinteressen (Reuber 1999: 30).

Auch die Wahrnehmungsunterschiede durch subjektive Wahrnehmungsfilter sind groß; diese sind abhängig von Veranlagung, Biographie, Sozialisation, Position und sozialer Rolle. Durch sie entscheidet sich, was Menschen von ihrer Umwelt bereit sind wahrzunehmen, oder was sie nicht sehen wollen. Wirklich bedeutend für Handlungen sind konstruierte, subjektive Raumbilder in den Köpfen der Akteure. Sie bilden die eigentliche Grundlage für die Bewertung der Ausgangslage (Reuber 1999: 31).

Unterschiedliche Entscheidungsträger sehen im Konfliktfall dieselben räumlichen Zusammenhänge unterschiedlich und sogar gegensätzlich. Raum wird also nicht nur unbewusst subjektiv wahrgenommen, sondern Akteure entwickeln bewusst subjektiv verzerrende Sichtweisen. Räumliche Strukturen unterliegen also einer Subjektivierung und Verzerrung. Reuber (1999: 31) bildet für die unterschiedlichen Raumbilder folgende drei Kategorien:

a) subjektive Raumbilder, b) subjektive räumliche Zielvorstellungen, c) subjektive strategische Raumbilder.

Zu a) subjektive Raumbilder sind Produkte der alltagsüblichen selektiven Raumwahrnehmung. Es wird ein subjektives Abbild konstruiert und mit Bedeutungsinhalten

aufgeladen. Diese subjektive Konstruktion der Umwelt läuft unbewusst auf der Wahrnehmungsebene ab (Reuber 1999: 32).

Zu b) konfliktspezifische subjektive räumliche Zielvorstellungen: Akteure entwickeln im Konflikt auf Basis ihrer Wahrnehmung, Werte und Interessen eigennutzenorientierte Zielvorstellungen (Reuber 1999: 33).

Zu c) strategische Raumbilder als verzerrte räumliche Argumente im Konflikt: Es findet eine Verzerrung vorhandener Strukturen statt. Es sind einseitige, subjektiv konstruierte Interpretationen der Umwelt. Sie sollen helfen, die eigene Position durchzusetzen. Räumliche Zusammenhänge oder Daten werden so interpretiert und konstruiert und so dargestellt, dass sie den eigenen Zielen entsprechen (Reuber 1999: 33).

Solche strategischen Raumbilder haben einen Stellenwert im Konfliktprozess. Sie sind Teil eines ritualisierten Streit-Spiels. Sie werden zwar teilweise durchschaut, aber sie erfüllen wichtige Funktionen: beispielsweise die Information relevanter Gremien, die argumentative Auseinandersetzung in Diskussionen mit Konfliktgegnern, die Mobilisierung der betroffenen Bevölkerung, oder die Herstellung von Loyalität für die eigenen Interessen (Reuber 1999: 34).

Für einen raumbezogenen Konflikt steht die Frage im Mittelpunkt, wie der Raum von den verschiedenen Akteuren konstruiert (wahrgenommen, interpretiert) und instrumentalisiert wird. Nur die subjektiven Raumbilder in den Köpfen sind von Bedeutung. Sie bilden die Ausgangsbasis, in den Prozess einzugreifen und sich für die eigenen räumlichen Verwertungsinteressen zu engagieren.

In raumbezogenen Konflikten geht es nicht um Realitäten, es stehen subjektive Ansprüche gegeneinander.

Raum verändert sich durch das subjektive Raum-Machen (konstruieren, interpretieren) der Handlungsträger.

Die eine – quasi objektive Konfliktwirklichkeit – gibt es nicht, sondern nur eine Vielfalt akteursspezifisch unterschiedlicher, miteinander konkurrierender Sichtweisen, also Konstrukte (Reuber 1999: 37).

Konfliktarten und ihre Motive

Schlecht et al. (2008) beschreiben in ihrer Untersuchung Konfliktfälle zwischen Unternehmen und der Öffentlichkeit. Konflikte treten dort auf, wo unternehmerische Interessen mit öffentlichen Interessen kollidieren. Unternehmen seien dann in der

Pflicht, ihre Entscheidungen zu legitimieren. Konflikte treten vermehrt auf, weil eine Vielzahl von Bereichen in gesellschaftlicher Kritik stehe, die auch mit veränderten öffentlichen Ansprüchen zusammenhänge. Ursachen oder Auslöser für Konflikte können nach Schlecht et al. (2008: 19) ein Bedeutungsverlust eines Leitgedankens in der Gesellschaft sein; der Wertewandel spiele dabei eine wichtige Rolle. Weiterhin können es Kommunikationsprobleme oder eine defensive Haltung und Verteidigung eigener Entscheidungen sein oder eine Öffentlichkeit, die sich schlecht informiert fühlt.

Konflikte sind den Autoren zufolge durch verschiedene Motive gekennzeichnet. Sie zeigen im Folgenden verschiedene Konfliktarten mit ihren unterschiedlichen Widerstandsmotiven auf (Schlecht et al. 2008: 21):

- *NIMBY- oder Nachbarschaftskonflikt*: zeichnet sich durch einen Mangel an Akzeptanz durch Nachbarn aus. Der Konflikt besteht hauptsächlich zwischen einem Unternehmen und der lokalen Bevölkerung. Er besteht insbesondere dann, wenn eine hohe persönliche Belastung erwartet wird, z. B. wenn eine Befürchtung der Gesundheitsgefährdung durch Staub, Lärm oder sonstige Verunreinigungen der Luft oder des Trinkwassers besteht, eine Verschlechterung des Wohnumfelds, die Wertminderung der Häuser, die Zerstörung des Landschaftsbilds oder eine Einschränkung des Freizeitwerts erwartet wird. Das Vorhaben werde nicht per se abgelehnt, sondern nur der Standort vor der Haustür (Schlecht et al. 2008: 22).
- *Akzeptanzkonflikt*: diese Konfliktart kann z. B. eine ethisch motivierte Kritik sein, wie sie oft in der Tierhaltung zum Ausdruck kommt. Umweltwirkungen, die durch den Betrieb eines Unternehmens ausgehen, spielen eine wichtige Rolle bei Widerstand und Protest. Umweltwirkungen können sein: Emissionen, die zur globalen Erwärmung oder zu Atemwegserkrankungen führen, oder Keime oder Schwermetalle, die das Grundwasser gefährden können, Hochwassergefahr steigern. Eine geringe politische Teilhabe oder eine asymmetrische Machtverteilung können die Akzeptanz senken. Auch hohe Kosten, die auf die Steuerzahler abgewälzt werden, senken die Akzeptanz (Schlecht et al. 2008: 24).
- *Akteurskonflikt*: bezieht sich auf Akteure, die über eine mangelnde soziale Akzeptanz verfügen. Diese können fremde oder unbekannte Unternehmen oder Investoren sein, die wenig Ansehen oder Vertrauen haben, kein vertretbares Kommunikations-

und Informationsverhalten haben oder keine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft sehen. Auch solche Akteure, die in der Lage sind, durch einen Großbetrieb kleinere Betriebe zu zerstören, oder durch den Betrieb negative externe Effekte vor Ort entstehen zu lassen und die lokale Bevölkerung die sozialen Kosten tragen zu lassen, aber die Wertschöpfung in andere Regionen fließen zu lassen, oder in strukturschwachen Gebieten Investitionen zu tätigen, die die unteren Gesellschaftsschichten belasten, von denen wenig Widerstand gegen ein Unternehmenshandeln erwartet werden kann. (Schlecht et al. 2008: 25).

- *Nutzungskonflikt*: Der Boden als knappe Ressource kann vielen unterschiedlichen Zwecken dienen, wie beispielsweise den Freizeit- und Erholungszwecken oder den Zwecken der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung oder den Wohn- und Arbeitsflächen. Darum besteht ein Wettbewerb um die knappe Ressource. Durch die entstehende Konkurrenz mit alternativen Nutzungen und dem Wettbewerb kann beispielsweise eine betriebliche Entwicklung verhindert werden (Schlecht et al. 2008: 26).

3.3 Entwicklung der Vorannahmen

Ich habe zwei Theorien vorgestellt, mit denen der Wahrnehmungs- und Bewertungsprozess und seine Einflussfaktoren erklärt werden können. Somit kann nachvollzogen werden, wie Akteure Gegebenheiten wahrnehmen und bewerten und wie verschiedene Motive auf die Wahrnehmung und Bewertung wirken.

Im Folgenden will ich Vorannahmen entwickeln und sie begründen.

Das Hafenausbauprojekt in Köln-Godorf hat eine breite Öffentlichkeit erreicht. Es haben sich Ausbaueegner zusammengefunden, um sich gemeinsam gegen das geplante Projekt zu engagieren und ihre Interessen zu vertreten.

Bürgerproteste gegen geplante Projekte, die die öffentliche Aufmerksamkeit erregen, haben häufig ähnliche Anliegen. In einer Nachrichtenzeitung haben die Journalisten Fischer et al. (2010) Großprojekte der jüngeren Vergangenheit aufgelistet, die viel Kritik erfahren haben. Es sind Bauprojekte wie z. B. ein Brückenneubau, ein Neubau einer Eisenbahntrasse oder eine Flughafenerweiterung. Zusammengefasst können die häufigsten Beweggründe des Widerstands von Bürgerinnen und Bürgern folgend genannt werden: Gesundheitsbelastungen durch Fluglärm, negative Auswirkungen auf

Natur und Umwelt, hohe Kosten, geringer Nutzen, Sicherheitsbedenken, Anwohnerprotest und der Eingriff in das Landschaftsbild. Ich sehe einen Zusammenhang und eine Ähnlichkeit bei dem Protest gegen das Kölner Hafenausbauprojekt, denn die Gründe sind ähnlich. Im Vorfeld dieser Arbeit konnte ich einige wichtige Problemfelder aus der Sicht der Bürgerinitiativen auffinden, die mich veranlassen, folgende Vorannahmen für das Hafenausbauprojekt in Köln-Godorf zu formulieren:

- *die Beteiligung der Öffentlichkeit wird als unzureichend empfunden:*

Es wird angenommen, dass Teilhabe und Mitwirkung an politischen Entscheidungen nicht ausreichen, und die Chancen, Einfluss zu nehmen gering sind aufgrund von ungleichen Machtverhältnissen.

- *die Legitimation politischer Entscheidungen wird stellenweise in Frage gestellt:*

Es wird angenommen, dass politische Entscheidungen nicht demokratisch zustande kommen, sondern von außen beeinflusst werden und gegen den Willen der Bevölkerung gefällt werden.

- *die Kosten trägt die Allgemeinheit:*

Es wird angenommen, dass der in dieser Form geplante Hafen nicht benötigt wird und daher unwirtschaftlich ist. Er wird hohe Kosten verursachen, die die Allgemeinheit trägt.

- *die Folgen des Ausbaus sind Umweltgefahren, Naturzerstörung und persönliche Belastungen:*

Es wird angenommen, dass durch den Hafenausbau die persönlichen Belastungen größer werden, der Freizeitwert gemindert und die Natur zerstört wird und eine Gefahr für die Umwelt birgt.

Durch unterschiedliche Interessen entstehen Konflikte. Im Konfliktfall werden Gegebenheiten durch Akteure unterschiedlich gesehen. Es gibt verschiedene Konfliktarten und diese werden von unterschiedlichen Motiven geleitet. Solche Motive beeinflussen bekanntermaßen Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse und sind daher verantwortlich für unterschiedliche Sichtweisen.

Weiter oben habe ich verschiedene Konfliktarten und ihre Motive erfasst und dargestellt. Ihre Wirkungen auf die Wahrnehmung und Bewertung werden in der anschließenden Diskussion dargelegt. Hier wiederholt ein kurzer Überblick:

- *NIMBY-, Nachbarschaftskonflikt:*

Das Motiv ist die Befürchtung einer hohen persönlichen Belastung, die durch die Umsetzung eines Bauvorhabens im unmittelbaren Wohnumfeld eintreten würde.

- *Akzeptanzkonflikt:*

Die Motive sind verallgemeinerungsfähig und haben einen breiten Konsens in der Gesellschaft, wie z. B. die kritische Haltung gegenüber der Kernenergie.

- *Akteurskonflikt:*

Die Motive sind das fehlende Vertrauen und das geringe Ansehen eines Akteurs.

- *Nutzungskonflikt:*

Das Motiv sind knappe Ressourcen, die durch Nutzungsalternativen einer Konkurrenz ausgesetzt sind.

TEIL B: EMPIRIE

4 Beteiligte des Planungsprozesses im kurzen Überblick

4.1 Bürgerinitiativen

„Bürgerinitiativen sind spontane, zeitlich meist begrenzte, organisatorisch eher lockere Zusammenschlüsse einzelner Bürger, die sich, außerhalb der etablierten Beteiligungsformen der repräsentativen Parteiendemokratie, zumeist aus einem konkreten Anlass, häufig auch als unmittelbar Betroffene zu Wort melden, und sich, sei es direkt im Wege der Selbsthilfe, sei es ‚indirekt‘ im Wege der öffentlichen Meinungswerbung und der Ausübung politischen Drucks, um Abhilfe im Sinne ihres Anliegens bemühen.“ (bpb o. J.: 2).

Bürgerinitiativen haben einer Umfrage zufolge eine hohe Attraktivität, und die Bevölkerung vertraue ihnen mehr als Politikern, wenn es um wirkungsvolle Beiträge bspw. im Umweltschutz geht (bpb o. J.: 3).

Seit den 1970er Jahren hat sich die politische Beteiligung erhöht, sowohl im konventionellen Bereich, wie in einer Parteimitgliedschaft, als auch in unkonventionellen Handlungsformen, wie in Demonstrationen oder in Bürgerinitiativen (Roth 1993: 230). Menschen haben heute eine neue Bewusstseinslage, die sie kritischer und bereiter für Engagement mache. Sie setzen sich mit eigener Urteilskraft gegen die etablierte Politik zur Wehr; besonders gegen die Kommunalpolitik, da hier Fehlentwicklungen am deutlichsten sichtbar werden und die Einflusschancen höher seien (bpb o. J.: 4, Roth 1993: 228). Die kommunale Demokratie lebe von einer kritischen Öffentlichkeit, von Widerspruch und von Protest (Roth 1993: 228). Sie gelten als Standardform lokaler Mobilisierung von unten (Roth 1993: 230). Sie seien aber nicht mehr die „Waffe der Schwachen“ (Rucht 2003: 9), und es gehe auch nicht mehr um die gesellschaftliche Ordnung. Die strukturelle Zusammensetzung der Protestierenden habe sich verändert und auch die Teilnahme sei nicht mehr vom soziokulturellen Milieu abhängig.

Sie weisen unterschiedliche Formen der Organisation auf. Am häufigsten sind freie, nicht verfasste Gruppierungen, Stiftungen und rechtsfähige und nicht rechtsfähige Vereine vorzufinden (bpb o. J.: 5). Das Besondere an ihren Aktivitäten ist, dass sie sich direkt an die zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörden wenden und diese unter Druck setzen. Sie umgehen die üblichen Vermittlungsinstanzen der Ver-

bände, Parteien und Parlamente. Die Aktionsformen sind vielfältig, wie z. B. Sit-ins, Demonstrationen, Versammlungen, Plakatierungen, Unterschriftensammlungen, Platzbesetzungen oder Mahnwachen (bpb o. J.: 5). Es gibt aber auch Bürgerinitiativen, die pragmatisch arbeiten, d. h. ihre Interessen sind Partikularinteressen; diese Interessenpolitik wird NIMBY (not in my backyard) genannt. Privatpersonen befürchten eine Beeinträchtigung ihres Lebensumfelds, wenn das Geplante in ihrer Wohnumgebung umgesetzt werden würde (Regener 2010: 98, Roth 1993: 232). Aber zum Großteil vertreten Bürgerinitiativen verallgemeinerungsfähige Interessen (Roth 1993: 232).

Vorstellung der befragten Bürgerinitiativen³ in alphabetischer Reihenfolge:

Ich habe ausführliche Gespräche mit Expertinnen und Experten geführt, die jeweils stellvertretend für ihre Bürgerinitiative gesprochen und sie repräsentiert haben. Aus der Fragestellung ergibt sich, dass ich im Folgenden nicht namentlich von den Personen, sondern schlicht von den Bürgerinitiativen spreche.

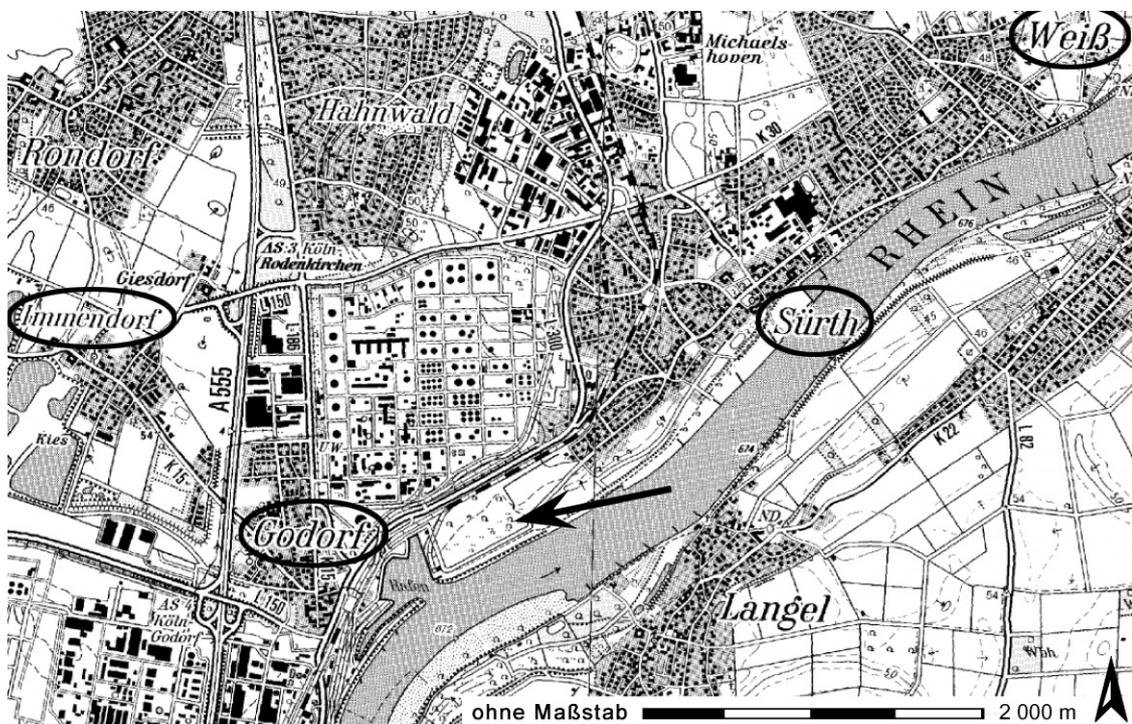
- **Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen:**
Es haben sich Vereine, Dorfgemeinschaften, Parteien, Umweltverbände und Initiativen zur Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen den geplanten Ausbau des Godorfer Hafens zu protestieren. Sie informiert die betroffenen Anlieger durch verschiedene Aktionen und Veranstaltungen und möchte die geplante Erweiterung mit politischen und juristischen Mitteln verhindern.
- **Bürgerinitiative Hochwasser Altgemeinde Rodenkirchen e. V.**
Der Verein untersucht die Entstehung von Hochwasser und die Auswirkungen auf die Bevölkerung, die Bausubstanz und die Umwelt in Rodenkirchen. Weiterhin fördert er Maßnahmen, die die negativen Folgen und Gefahren aus einem Hochwasser für Menschen und Umwelt minimieren.
- **Dorfgemeinschaft Immendorf e. V.**
- **Dorfgemeinschaft Sürth e. V.**

³ Informationen über die Bürgerinitiativen sind jeweils aus ihren Websites entnommen: www.suerther-aeu- retten.de, www.hochwasser.de, www.immendorf2000.de, www.suerth.de, www.dorfgemeinschaft-weiss.de.

- Dorfgemeinschaft Weiß e. V.

Die zuletzt genannten drei Vereine sind mit den Zielen gegründet worden, gemeinsam mit ihren Mitgliedern die Interessen und die Angelegenheiten ihres unmittelbaren Wohnumfelds zu vertreten. Sie halten Kontakt zu anderen Vereinen und zu Vertretern der lokalen Wirtschaft und Politik. Sie streben eine positive Entwicklung ihrer jeweiligen Stadtteile und eine verbesserte Lebensqualität an, werben für bestimmte Aktionen und sammeln Spenden, so auch die Unterstützung und Mithilfe des Protests gegen den geplanten Hafenausbau.

Karte 1: Lage der Erweiterungsfläche des Godorfer Hafens im Kölner Süden



Quelle: Bezirksregierung Köln (2012). Verändert, ergänzt.

4.2 Stadtplanungsamt

Planung bedeutet, einen künftigen Zustand zu planen, sie bedeutet auch die Planung einer sinnvollen Verwendung knapper Ressourcen. Solche Aspekte sind für Albers (1993: 403) für die Gesamtentwicklung einer Stadt allerdings nicht geeignet. Denn langfristige Entwicklungen, in denen sich Erkenntnisse, Handlungsspielräume und Prioritäten wandeln können, seien unüberschaubar. Es gehe darum, Möglichkeiten für

die Zukunft offenzuhalten und mit räumlichen Ressourcen hauszuhalten. Die zentrale Aufgabe müsste nach Albers sein, die Zukunft so wenig wie möglich zu binden, um einen weiten Handlungsspielraum für spätere Entwicklungen zu erhalten.

Das Baugesetzbuch bietet die wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung von Planungen. In ihm sind das Bauplanungs- und das -ordnungsrecht niedergelegt. Das wichtigste Planungsinstrument darin ist die Bauleitplanung mit den beiden rechtsförmlichen Plantypen, dem Flächennutzungsplan und dem Bebauungsplan. Der Bebauungsplan ist das Hauptinstrument zur Verwirklichung der Planung. Er ist die Grundlage für die Genehmigung von Vorhaben und enthält Vorschriften über Art und Maß der baulichen Nutzung, über überbaubare Grundstücksteile und über örtliche Verkehrsflächen. Der Hauptanwendungsbereich ist die Schaffung der Rechtsgrundlage für die Verwirklichung eines bestimmten Projekts. Ergänzend kommt die Baunutzungsverordnung hinzu; sie bestimmt, welche Nutzungen zulässig oder unzulässig sind (Albers 1993: 404f., Grabski-Kieron 2005: 708).

Die Gemeinde ist verpflichtet, unterschiedliche öffentliche und private Belange sachgerecht untereinander abzuwägen, Zielkonflikte zu minimieren und möglichst zu vermeiden. Dieses Abwägungsgebot zählt zu den zentralen Geboten kommunaler Planung (Grabski-Kieron 2005: 707). In die Bauleitplanverfahren sind Beteiligungsrechte für Träger öffentlicher Belange und Bürger einbezogen. Die formelle Bürgerbeteiligung erfolgt in der Phase des Planentwurfs. Die Gemeinde hat die Pflicht, einen Planentwurf einen Monat öffentlich auszulegen, und sie muss den Bürgern Gelegenheit geben, die Planung einzusehen und dazu Stellung zu nehmen. Bedenken und Anregungen sind zu prüfen und in die planerische Abwägung einzubeziehen. Ergänzt wird sie durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung, z. B. in Form von Diskussionsforen, diese sind aber freiwillig und formlos (Grabski-Kieron 2005: 708). Da Bauleitpläne schwerfällig im Verfahren sind, gibt es daher auch nicht rechtsförmliche Pläne, wie den städtebaulichen Entwicklungsplan. Diese kann für das tägliche Verwaltungshandeln eingesetzt und auch in einem Bebauungsplan umgesetzt werden. In diesen Bereich der informellen Planung gehören auch Informationen, Meinungsbildung und Überzeugungsarbeit gegenüber Bürgern und Investoren (Albers 1993: 406).

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie politische Prioritäten können sich ändern, und die Vielfalt der beteiligten Akteure mit ihren verschiedenen Zielsetzungen sind Faktoren, die den Ablauf eines Planungsprozesses beeinflussen, so Albers (1993: 408).

Die Gemeinden seien damit beschäftigt, Planungs- und Investitionsabsichten von privaten Akteuren und anderen Institutionen zu steuern. Die Stadtplanung könne nur einen Teil der in der Stadt wirksamen Kräfte beeinflussen, da sie nicht mehr über alle Verfügungsgewalten verfügt.⁴ Daher sei es wichtig, dass die Gemeinden beide Interessen, die privaten und die öffentlichen, wahrnehmen, um die Lebensverhältnisse aller Bürger zu verbessern (Albers 1993: 408).

4.3 HGK

Die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) ist ein Verkehrsunternehmen mit Sitz in Köln. Im Jahr 1992 wurde das Unternehmen durch den Zusammenschluss mehrerer Eisenbahn- und Hafenbetriebe gegründet. Heute ist die HGK der zweitgrößte Binnenhafenbetreiber und einer der größten Gütereisenbahnunternehmen Deutschlands (HGK 2009: 7). Die Mehrheit (93,7 %) der Anteile an der HGK hält die Stadt Köln; 6,3 % entfallen an den Rhein-Erft-Kreis. Die HGK erwirtschaftete im Jahr 2011 mit 632 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Umsatz von 121,7 Mio. €. Der Umsatz in den Häfen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 3 % und im Eisenbahngüterverkehr um 14,1 %. Dabei wurden 14,4 Mio. t Güter über den Eisenbahngüterverkehr transportiert und 12,4 Mio. t in den vier Kölner Häfen umgeschlagen. Die Umschlagsleistung in den Häfen veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr um -2,3 %, das Frachtaufkommen im Eisenbahngüterverkehr veränderte sich um 10,3 % (HGK 2009: 7, HGK 2012: 24ff.).

Die HGK spricht ihren Häfen als Güterverkehrszentrum eine besondere Bedeutung für Industrie und Gewerbe zu. Nach Prognosen könne man von einer Zunahme globaler Güterströme und einem enormen Wachstum der Containertransporte ausgehen. Der Containertransport gewinne an Bedeutung, da die Versorgung von Handels- und Industrieunternehmen zunehmend durch LKWs erfolge. Dies begünstige die zunehmende Nutzung der Container, sie können für unterschiedliche Güter genutzt werden. Dadurch würde es in den Seehäfen zu Engpässen kommen.

⁴ Wohlfahrt (2001: 136f.) nennt hier veränderte Rahmenbedingungen der Aufgabenwahrnehmung durch die Gemeinden. Durch die enger werdenden Finanzspielräume, finde eine Ausgliederung und Privatisierung kommunaler Dienste statt. Durch notwendige privat-öffentliche Kooperationen reduzieren die Kommunen ihre politischen Einflussmöglichkeiten und seien nur noch ein Akteur unter anderen. Weiterhin schreibt der Autor, dass die lokale Politik durch ihre Finanzknappheit das Vertrauen privater Investoren zu gewinnen versuche und so für sie berechenbar agieren müsse; dies bedeute „faktisch das Ende politischer Kontrolle.“ (Wohlfahrt 2001: 137).

Um die erhöhte Leistung aus den Seehäfen aufzufangen, sei die HGK herausgefordert, ihre leistungsfähige Hinterlandfunktion aufrechtzuerhalten und Kapazitäten in den Häfen zu erweitern. Der Verkehrsträger Straße trage bereits heute die Hauptlast des Güterverkehrs, daher sei es notwendig, den Mehrverkehr auch auf die Binnenschiffahrt zu lenken. Das Binnenschiff sei im kombinierten Transport mit Eisenbahn- und Straßenverkehr ein ideales Verkehrsmittel. Binnenschiffe können im Durchschnitt 150 LKWs ersetzen. Ein Containerschiff könne bis zu 400 Container befördern (HGK 2009: 25f.).

Die HGK plant daher, den Godorfer Hafen für den Umschlag von Containern mit einer Fläche um 20 ha zu erweitern. Der Ausbau und die Erweiterung seien aus infrastruktureller und regionalwirtschaftlicher Sicht erforderlich, um den Wachstum im Containerverkehr aufzufangen. Im Kölner Süden bestehe zudem ein Bedarf an Logistikflächen für die Ansiedlung neuer Unternehmen (HGK 2009: 27).

Chronologie des Ausbauvorhabens

In den 1980er und 1990er Jahren hat die HGK verschiedene Ausbaukonzepte verfolgt, die aber keine Mehrheit im Rat der Stadt Köln gefunden haben, denn die Wirtschaftlichkeit und die Finanzierung waren fraglich. Im Laufe der Zeit wurden Pläne überarbeitet und die Wirtschaftlichkeit des Projekts geprüft (DGB Region Köln-Bonn 2011). Im August 2006 wurde ein Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Godorfer Hafens durch die Bezirksregierung Köln erlassen. Ein Jahr darauf entschied der Rat der Stadt Köln mehrheitlich den Ausbau. Der Beschluss erfolgte auf der Basis eines Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus (HGK 2009: 27).

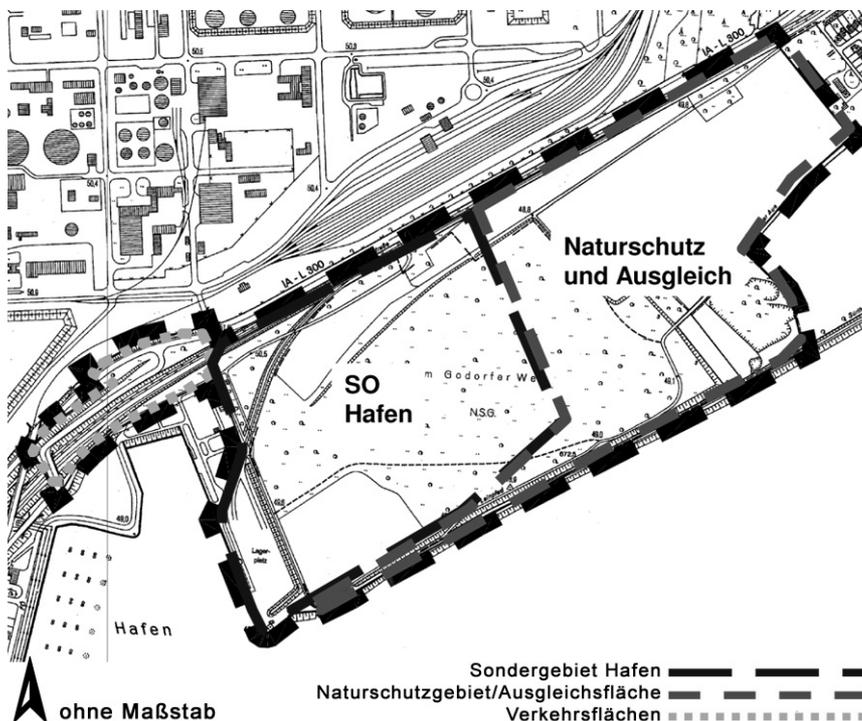
Im selben Jahr initiierten verschiedene Bürgerinitiativen ein Bürgerbegehren gegen den Ratsbeschluss zum Ausbau. Aus juristischen Gründen wurde das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Im Rahmen von Planfeststellungsverfahren seien Bürgerentscheide nicht erlaubt, erklärte das Verwaltungsgericht Köln (Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Köln 2001).

Im Januar 2009 begann die HGK mit dem Ausbau. Im September desselben Jahres jedoch wurde ein Baustopp verhängt. Das Verwaltungsgericht Köln erklärte den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln zum Ausbau als rechtswidrig und er wurde aufgehoben. Geklagt hatten Anwohner; das Verwaltungsgericht stellte juristische Verfahrensfehler fest. Auch gegen die Berufung der HGK bestätigte das Ober-

verwaltungsgericht im Jahre 2010 den Baustopp (HGK 2009: 28, Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Köln 2001). Das Oberverwaltungsgericht hatte über die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses zu entscheiden. Im März 2011 entschied auch dieses Gericht, dass das Planfeststellungsverfahren rechtswidrig ist (DGB Region Köln-Bonn 2011).

Im selben Monat beschloss der Rat der Stadt Köln, eine Einwohnerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens durchzuführen; sie wurde im Juli 2011 durchgeführt. Die Beteiligungsquote lag bei 14,8 % der 880 937 Teilnehmereberechtigten. Es stimmten davon 55,95 % gegen den Ausbau und 44,05 % für den Ausbau. Der Rat der Stadt Köln legte allerdings ein Quorum für eine der beiden Antworten von 10 % der Teilnehmereberechtigten fest. Das notwendige Quorum wurde nicht erreicht (erreicht wurden höchstens ca. 8,3 %) und das Ergebnis wurde daher auch nicht berücksichtigt. Somit gilt heute weiterhin der Ratsbeschluss aus dem Jahr 2007 (Stadt Köln 2011).

Karte 2: Beschlussvorlage des Bebauungsplans zum Godorfer Hafen



Quelle: Stadt Köln (2012). Verändert, ergänzt.

5 Darstellung der Erhebungsergebnisse

Es werden im Folgenden alle Ergebnisse skizziert, die für die Fragestellung relevant sind und die später diskutiert werden. Die Strukturierung der Ergebnisse orientiert sich an den Vorannahmen und an den Konfliktmotiven. Im Kapitel 5.1 sind zu jeder Vorannahme alle relevanten Ergebnisse dargelegt. Im Kapitel 5.2 sind zu jeder Konfliktart alle relevanten Ergebnisse dargelegt.

5.1 Wahrnehmung und Bewertung des Hafenausbauvorhabens

5.1.1 Ohnmachtproblem

Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird als unzureichend empfunden

Bezogen auf die genannte Vorannahme lassen sich folgende Ergebnisse feststellen. Die BI-A möchte politischen Einfluss üben können. Im Vergleich zu früher möchte sie heute nicht mehr alles hinnehmen. Auch der Zusammenschluss zu einer Initiative macht deutlich, dass sie gemeinsam Probleme in ihrem Umfeld lösen möchte. Auch nimmt sie heute ihre Umwelt sensibler wahr, aber sie sieht sich in einer wartenden und beobachtenden Position wieder. Sie sieht zwar die Möglichkeit eines politischen Einflusses; aufgrund der wenigen Möglichkeiten sind diese aber schnell ausgeschöpft.

„Ja, man versucht, dass man immer früher mit einbezogen wird. Bis jetzt ist es aber so, dass die Verwaltung am längeren Hebel sitzt.“ (BI-A: 105f.).

Mit resignativen Worten stellt die BI-B fest, dass sie nur hoffen kann, dass ein Wandel stattfindet und dass man nur abwarten kann.

Die BI-B ist der Meinung, dass die Bürger eigentlich nach wie vor nichts zu sagen haben. Denn auch bei dem Bauprojekt Stuttgart 21 wurde versprochen, die Bürger früher mitwirken zu lassen. Wenn ein Projekt aber zu weit fortgeschritten ist, könnte man das nicht mehr stoppen, die Verantwortlichen sagen

„denkt an die Milliarden.“ (BI-B: 52).

Das Engagement der Bürgerinitiativen wird im Versuch des Bürgerbegehrens deutlich, gleichzeitig aber auch die Ohnmacht. Denn das Begehren wurde abgelehnt, weil es nicht rechtmäßig war.

„So wird das Mitspracherecht plattgemacht.“ (BI-B: 62f.).

Es bleibt nur die Möglichkeit, über die Kommunalwahlen Druck auf die Politik üben zu können.

Auch die BI-C bestätigt die Politikverdrossenheit. Sie ist zum Runden Tisch nicht eingeladen worden. Sie sieht ebenfalls nur eine Chance in den Kommunalwahlen.

Die BI-D kritisiert die Stadt Köln, weil sie die Bürgerrechte nicht ernst nimmt und übersieht. Kritik werde durch das starre Hierarchiedenken nicht angenommen. Kritik und Bürgerbeteiligung sind aber wichtig, da die Bürger sich vor Ort besser auskennen. Dazu sind Informationen wichtig, aber die Verwaltung informiert ihre Bürger zu spät, zudem sind Informationen schwer zu erhalten. Die Bürgerrechte müssten noch weiter ausgedehnt werden. Kommunikation zwischen Unternehmen und Bürgern ist wichtig. Als positives Gegenbeispiel werden die chemischen Industrien genannt, die eine gute Informationspolitik betreiben, denn sie wissen, dass Bürgerinitiativen ihre Vorhaben zum Stillstand bringen können. Viele Menschen sind motiviert, sie werden von der Politik aber ignoriert und beteiligt werden die Bürger sowieso erst viel zu spät.

Die BI-E findet Kommunikation wichtig, aber die Stadt Köln kommuniziert bei wichtigen Vorhaben nicht mit den Bürgerinitiativen. Die Betroffenen akzeptieren ein solches Verhalten nicht, weil sie in die Planungen nicht integriert werden. Es gebe zwar feste Beteiligungen in bestimmten Planungsphasen, die aber als unzureichend empfunden werden. Eine Bürgerbeteiligung finde zudem nicht auf gleicher Augenhöhe statt.

„Das gemeine Volk sitzt auf harten Stühlen. Wir fühlten uns wie die Angeklagten, und es war in hohem Maße einschüchternd.“ (BI-E: 34f.).

Die BI-E sieht, dass in der Planungspolitik eine ungleiche Machtverteilung besteht. Es gehe um Geld und um Macht. Die Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung werden kritisiert. Sie seien nicht geeignet, Ansprüche von Betroffenen zu berücksichtigen und sie einzubinden.

5.1.2 Legitimitätsproblem

Die Legitimation politischer Entscheidungen wird stellenweise in Frage gestellt

Bezogen auf die genannte Vorannahme lassen sich folgende Ergebnisse feststellen.

Dass politische Entscheidungen nicht immer demokratisch gefällt werden, sieht die BI-A darin, dass politische Entscheidungen schwer zu durchschauen sind, da Interessenkonflikte bestehen. Sie sieht die fehlende Legitimation auch darin, dass die Ver-

antwortlichen auf Kosten der Allgemeinheit das Projekt weiter betreiben, obwohl der Ausbau gestoppt wurde und niemand den Hafen braucht. Die Politik ist gegen Kritik und sogar gegen Gerichtsurteile resistent, weil sie ihre Ziele weiterhin fest verfolgt. Die Bürgerinitiativen leiden unter einem solchen Verhalten. Den Bürgern wird Teilnahme versprochen, doch es bleibt nur ein Versprechen.

„Aber es ist nur ein Ködern, dem Bürger nur das Gefühl geben, dass er wichtig ist.“ (BI-A: 109f.).

An der Wahlbeteiligung und an der Politikverdrossenheit könne man sehen, dass meistens gegen den Bürger entschieden wird.

Auch hier werden demokratische Entscheidungen in Frage gestellt. Oft wechselnde Mehrheiten in der Politik und Druck und Interessen von anderen Seiten machen deutlich, dass Entscheidungen nicht legitimiert sein können.

„Man konnte fühlen, dass da was nicht stimmte.“ (BI-B: 15f.).

Dass auf Kosten des Wählers Politik gemacht wird, erkennt man daran, dass wegen der anstehenden Kommunalwahlen Meinungen gebildet werden, die gegen die Wählermeinungen sind.

„Dann hat ein Ratsmitglied sich kurz vor den Kommunalwahlen gegen den Ausbau gestellt, um die Wähler zu halten. Das ist ein abgekartetes Spiel.“ (BI-B: 36ff.).

Dass Entscheidungen gegen den Willen der Bürger gefällt werden, ist daran erkennbar, dass die Politiker Entscheidungen fällen, die sie nicht verstehen. Der Klüngel wird hier noch deutlicher, wenn man betrachtet, wie Godorf ausgewählt wurde.

„Da aber einige Ratsmitglieder [in Worringen] wohnen, wollten sie eine mögliche Lärmbelastung nicht akzeptieren. Daher wurde Godorf gewählt.“ (BI-B: 104ff.).

Die BI-B sagt, dass die Politiker Insider-Geschäfte gemacht und in die eigene Tasche gewirtschaftet haben und die Wahl dadurch verloren haben. Zudem hat der Vorstand der HGK auf Kosten der Steuerzahler ein hohes Einkommen.

Die BI-C ist der Meinung, dass es nicht demokratisch ist, der Bürger kann nicht ernst genommen werden, weil die Hürden auch zu hoch sind.

„Sehen Sie sich das Beispiel mit der Unterschriftensammlung an, war ein Hohn. Den Bürger hat man nicht ernst genommen.“ (BI-C: 50f.).

Auch Politiker fällen Entscheidungen aufgrund des Parteilzwangs. Man müsse sich in der Politik absprechen. Aber Absprachen müssen tabu sein, wenn es auf Kosten der Steuerzahler geht.

Die BI-D stellt die Legitimation in Frage, denn die Behörde ist es gewohnt, seit Jahrhunderten das Sagen zu haben, und hebt hervor, dass Politiker dem Parteilzwang unterliegen, d. h. nicht frei entscheiden können, weil sie wiedergewählt werden wollen.

„Sie folgen nur den Argumenten aus ihren Vorlagen.“ (BI-D: 104).

„Was ich traurig finde, ist, dass Sachen gegen den Bürger gemacht werden.“ (BI-D: 139f.).

5.1.3 Kostenproblem

Die Kosten trägt die Allgemeinheit

Bezogen auf die genannte Vorannahme lassen sich folgende Ergebnisse ablesen.

Die Wirtschaftlichkeit des Projekts wird infrage gestellt. Die BI-A findet, dass keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, sie werden nur verlagert. Container werden nicht gebraucht. Zudem stützt sich die HGK auf Berechnungen, die nicht stimmen. Sie spekuliert nur auf Zuschüsse. Da die HGK ein Tochterunternehmen der Stadt Köln ist, müssen die Verluste von den Steuerzahlern getragen werden. Die BI-A stellt fest, dass hier Steuergelder verschwendet werden. Zudem liegen Gutachten vor, die eine Unwirtschaftlichkeit bescheinigen. Im Niehler Hafen sind Flächen vorhanden, die nicht genutzt werden. Diesen Hafen könnte man nutzen, auch im Zusammenhang mit dem geplanten KLV-Terminal im Kölner Norden.

Die BI-B kritisiert die hohen Kosten, die die Einwohnerbefragung gekostet hat, die aber im Ergebnis nichts bewirkt hat.

„1,5 Mio. [Euro] Steuergelder aus Köln in den Sand gesetzt. Und jetzt ist Status quo. Jetzt soll das Alte gelten.“ (BI-B: 70f.).

Die BI-C spricht auch von der Verschwendung von Steuergeldern. Es könnte eine wirtschaftlich sinnvollere Lösung gefunden werden. Arbeitsplätze werden sogar durch den Ausbau reduziert. Die BI-C spricht hier von Kosten, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Die Wertschöpfung fließt zudem in andere Regionen, da ortsfremde Bauunternehmen den Zuschlag erhalten. Die HGK zahlt keine Steuern, da sie alle Kosten abschreiben kann. Zudem ist die Stadt Köln hoch verschuldet und kann daher keine

Schulden mehr aufnehmen. Nach Meinung der BI-C sollte die HGK das Geld zusammenhalten, vernünftig wirtschaften und Steuern zahlen.

„Aber die lassen sich da nicht reinreden. Die wollen den Hafen, und alle anderen sollen sich da raus halten.“ (BI-C: 99f.).

Auch die BI-D stellt fest, dass der Hafen überflüssig ist, weil es wenige Firmen gibt, die den Hafen nutzen wollen. Dagegen ist der Niehler Hafen nicht ausgelastet. Die BI-D argumentiert mit Subventionen, die die HGK nur im Falle von einem Neubau erhält. Das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen wird auch kritisiert, die Arbeitsplätze werden sogar reduziert,

„dann werden keine 30 Leute dort arbeiten, sondern nur noch drei, die lediglich auf Knöpfe drücken.“ (BI-D: 79f.).

Die Wirtschaftlichkeit wird infrage gestellt, weil der Hafen nicht ausgelastet werden kann. Auch hier wird von Steuerverschwendung gesprochen. Die Wirtschaftlichkeit wird entgegen eines Gutachtens angezweifelt. Unwirtschaftlich ist auch der Niehler Hafen, hier sind zu viele Kapazitäten frei.

Die BI-E spricht ebenso von einer Fehlnutzung im Niehler Hafen. Es sollte über eine Umnutzung von bestehenden Strukturen nachgedacht werden, denn auch nach dem Ausbau würde der Godorfer Hafens die prognostizierten Gütermengen nicht aufnehmen können. Er wäre nur

„ein Tropfen auf den heißen Stein“ (BI-E: 100).

Zur Rentabilität sagt die BI-E

„Es ist ein Strohfeuer. Es wird einen kurzfristigen Boom geben. Für die Bauzeit des Hafens werden Arbeitsplätze geschaffen. Und die Zuschüsse, die fließen, sind unsere Steuergelder. Und am Ende haben wir doch keine Arbeitsplätze gewonnen.“ (BI-E: 103ff.).

5.1.4 Gefährdungsproblem

Die Folgen des Ausbaus sind Umweltgefahren, Naturzerstörung und persönliche Belastungen

Bezogen auf die genannte Vorannahme lassen sich folgende Ergebnisse ablesen.

Eine Verkehrsbelastung wird durch den Ausbau nicht gesehen, weil die Straßen vom Hafen direkt auf die Autobahn führen sollen, vorausgesetzt, dass sich die LKWs daran halten. Die Aue kann seit längerer Zeit nicht betreten werden, da sie eingezäunt ist. Da

die Ausgleichsfläche in einem anderen Stadtteil liegt, ist sie daher für die BI-A nicht relevant.

„Tja, da haben wir nichts von. Wir fahren dann mit dem Shuttlebus nach Worringen zum Spaziergehen.“ (BI-A: 140f.).

Auch die BI-B findet die neue Ausgleichsfläche irrelevant:

„die Omas und Opas dürfen eine Stunde im Bus nach Worringen fahren und gucken, wo die Frösche tanzen, das ist der reinste Schwachsinn. Hier ist die Luft schlecht, und dann müssen wir zum Atmen nach Worringen.“ (BI-B: 54ff.).

Als Gesundheitsgefahr sieht die BI-B die Umschlagplätze, die relativ nah an der Wohnbebauung befinden sollen, zudem sollen giftige Stoffe umgeschlagen oder gelagert werden. Es besteht auch eine Gefahr bei Hochwasser, denn die Container könnten in dem Fall nicht gesichert werden.

Die Wohnqualität hat sich durch die Einzäunung der Aue verschlechtert und der Wert der Häuser wird sinken. Auch eine Lärmbelastung während der Bauzeit wird befürchtet.

Die BI-C erwähnt auch, dass die HGK den ausreichenden Abstand der Container zur Wohnbebauung trotz Versprechens nicht einhält. Ebenso fahren LKWs durch die Stadt, obwohl eine direkte Route zur Autobahn vorgeschlagen wurde, um eine Verkehrsbelastung zu vermeiden.

„Aber das glauben wir denen nicht, dass sie das umsetzen.“ (BI-C: 42).

Die BI-D spricht von einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch den Hafenausbau. Es würden ca. 400 LKWs pro Tag zusätzlich fahren. Die Straßen werden dadurch überlastet. Der Freizeitwert der Aue ist hoch, denn die Anwohner haben in unmittelbarer Nähe nur Industrie und wenig Grün. Die Hochwassergefahr ist für die BI-D auch ein Argument. Bei Hochwasser fehlt der entscheidende Überschwemmungsbereich. Die gelagerten Container würden wegschwimmen. Eine weitere Gefahr wird in der starken Flussströmung gesehen, die die Einfahrt der Schiffe in den Hafen erschwert. Die Wohnqualität wird durch die Naturzerstörung und die Mehrbelastung durch den Straßengüterverkehr geringer. Eine erhöhte Umweltbelastung durch die Schiffe wird auch gesehen, denn sie emittieren Abgase und andere Schadstoffe.

Die Umwelt- und Gesundheitsgefahr ist bei einem Hochwasser hoch. Die BI-E ist der Meinung, dass es nicht möglich ist, rechtzeitig Gefahrgutcontainer zu evakuieren.

Zudem ist die Strömung sehr stark, so dass Container mitgerissen werden und dadurch Hochwasserschutzwände oder Brückenpfeiler rammen können. Der Überschwemmungsbereich ist wichtig, da diese Fläche die Abflusskapazität des Rheins beeinflussen kann. Die BI-E fordert nicht nur den Erhalt, sondern auch eine Ausweitung des Biotops. Die BI-E sieht, dass auch Schiffe eine Umweltbelastung darstellen.

„Nun ja, die Schiffe fahren mit gifthaltigem Schweröl, außerdem fahren sie mitten durch die Umweltzone.“ (BI-E: 195f.).

5.2 Konfliktarten und ihre Motive

5.2.1 NIMBY-, Nachbarschaftskonflikt

Folgende Ergebnisse weisen Motive der genannten Konfliktart auf.

Die BI-A sieht die Gefahr, dass eventuell die LKWs von ihrer vorgeschriebenen Route abweichen und durch den Ort der Betroffenen fahren. Die Bewohner nehmen ihre Umwelt sensibler wahr, wenn es um die Belange in ihrem Umfeld geht. Die BI-A sieht Einbußen im Freizeitwert des Ortes, denn dieser sei gesunken, seit die Aue umzäunt ist. Da die eingerichtete Ausgleichsfläche nicht in ihrem Ort ist, ist sie für die Bewohner uninteressant. Die BI-A betont, dass der Protest nicht mit dem Abwälzen eines Problems auf andere zusammenhängt. Sie protestiert nicht aus persönlichen Gründen, weil das Projekt vor ihrer Haustür umgesetzt werden soll, sondern weil das Vorhaben wirtschaftlich unrentabel ist und dadurch Steuergelder verschwendet werden.

„Wenn es wirtschaftlich wäre, hätte man solch eine Protestwelle nicht losstreten können.“ (BI-A: 150f.).

Für die BI-B hat der Ausbau eine höhere Rangordnung als für die Einwohner in anderen Stadtteilen. Die Naturzerstörung wird nicht akzeptiert und ebenso unakzeptabel ist auch die Schaffung eines neuen Naturschutzgebiets in Worringen. Dieser kann den gesunkenen Freizeitwert vor Ort nicht ausgleichen. Zudem wird der Wert der Häuser durch den Ausbau sinken. Die BI-B betont, dass den Bürgerinitiativen im Kölner Süden zu Unrecht das St.-Florians-Prinzip unterstellt wurde. Die Medien und die Politik würden die Sachlage anders darstellen. Die Bürgerinitiativen im Kölner Süden treten häufiger in der Öffentlichkeit in Erscheinung, da sie in unmittelbarer Nähe

wohnen und sich am meisten dafür interessieren. Es besteht zudem die Befürchtung einer Lärmbelastung während der Bauzeit.

Die BI-C sieht eine Gefährdung durch den erhöhten Verkehr und durch den nicht ausreichenden Abstand der Container zur Wohnbebauung. Der zu geringe Abstand wird durch das neue Becken entstehen, weil sich dadurch die Abstellflächen nach hinten verschieben. Auch die BI-C erklärt, dass den Anwohnern vorgeworfen wurde, dass ihre ablehnende Haltung nur aus ihrer persönlichen Belastung entstammen würde. Zwangsläufig interessiere man sich mehr dafür, je näher man am Ort des Geschehens wohnt.

Die BI-D führt das erhöhte Verkehrsaufkommen auf, das nicht nur die Anwohner belasten wird, die am Hafen wohnen, der Verkehr wird sich auch auf die übrige Bevölkerung auswirken, auch aufgrund der erhöhten Schadstoffemissionen durch den Mehrverkehr. Durch die hohe Gewerbe- und Industriedichte gibt es nicht viele Freizeit- und Erholungsgebiete. Die Wohnqualität und die Beliebtheit des Stadtteils werden sinken, wenn das Gebiet nicht mehr existiert. Es war ein jahrelang unberührtes Biotop. Das St.-Florians-Prinzip verneint die BI-D, sie protestieren nicht aus persönlichen Gründen, sondern das Vorhaben sei nicht notwendig.

Auch die BI-E bestärkt die Aussage, dass das Vorhaben nicht notwendig ist und betont zudem, dass sie nicht nach persönlichem Interesse agiert.

„Es gibt sicher Leute, die sagen, hier nicht.“ „Wenn es ein überzeugendes Argument für den Hafen gibt, dann würden wir keinen Widerstand leisten.“ (BI-E: 6: 182–185).

5.2.2 Akzeptanzkonflikt

Das Akzeptanzproblem der BI-A lässt sich daran erkennen, dass sie skeptisch gegenüber politischen Entscheidungen eingestellt ist. Eine Vorteilnahme einiger Politiker ließe sich zwar nicht beweisen, aber dass ein Projekt, das niemand will und auf Kosten der Steuerzahler weiter geplant wird, stößt auf Unverständnis. Es wird nicht akzeptiert, dass der Steuerzahler für die Verluste aufkommen muss. Die BI-A betont die Unrentabilität des Hafenausbaus. Dennoch werden Zuschüsse bewilligt, die aus Steuergeldern stammen und die Kosten für die Steuerzahler sind außerdem zu hoch. Die Machtverteilung sei ungleich, die BI-A kann nichts anderes tun als nur auf Entscheidungen höherer Instanzen warten und zusehen. Der politische Einfluss der Bevölkerung sei einge-

schränkt und die Möglichkeiten schnell ausgeschöpft. Rechtmäßige Versprechungen zur früheren Einbindung der Öffentlichkeit würden gemacht, aber meistens erfolgt ihre Umsetzung zu spät. Das Machtpotential der Verwaltung sei hier ungleich höher. Den Bürgern werde aber nur das Gefühl vermittelt, dass sie wichtig seien, es werde meist gegen den Bürger entschieden. Abzulesen sei die Politikverdrossenheit an der Wahlbeteiligung.

Der Ausbau des Hafens würde nicht der Bevölkerung nutzen, sondern ihr im Gegensatz Schaden zufügen, denn es würden nur einige wenige davon profitieren. Die BI-B spricht auch von undemokratischem Verhalten einiger Ratsmitglieder.

„Dann hat ein Ratsmitglied sich kurz vor den Kommunalwahlen gegen den Ausbau gestellt, um die Wähler zu halten. Das ist ein abgekartetes Spiel.“ (BI-B: 36ff.).

Es werde auch nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden und die Bürger spielen an der Stelle sowieso keine Rolle.

Die BI-B erwähnt die möglichen Umweltwirkungen. Es sollen auch giftige Stoffe umgeschlagen oder gelagert werden, die im Hochwasserfall zu einer Umweltgefährdung führen können.

Die einzige Machtchance wird in den Kommunalwahlen gesehen, darüber hinaus auch über die Bundestagswahlen.

Die BI-C erklärt, dass das Projekt nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfolgt wird. Das Projekt habe keinen Sinn und daher würden Steuergelder verschwendet werden und die Kosten trage die Allgemeinheit.

Die Hürden zur politischen Teilhabe werden als zu hoch empfunden. Der Einfluss der Bürger existiere gar nicht, denn die Verantwortlichen arbeiten zusammen und sprechen sich untereinander ab. Dies kann die BI-C vertreten, solange aber die Machtverteilung nicht zu einseitig wird und dabei keine Steuergelder verschwendet werden.

Die BI-D empfindet die politische Teilhabe der Bürger als unzureichend. Das Recht zu wählen gehe nicht weit genug. Die Wirtschaftlichkeit des Hafens wird infrage gestellt und somit wird eine Verschwendung von Steuergeldern angenommen. Einige Ratsmitglieder verhalten sich nicht nach ihrem Gewissen frei, sie unterliegen einem Parteienzwang, aber auch einem Wählerzwang. Die BI-C beschwert sich, dass die Politiker ihre Bürger nicht ernst nehmen, sondern sie ignorieren.

Die BI-E moniert, dass die Betroffenen in das Verfahren nicht miteinbezogen und integriert werden. Wenn dann geschieht dies in einer viel zu späten Phase, wenn die Planung schon zu weit fortgeschritten ist, und dann nicht mehr auf die Bürgerinitiativen eingegangen werden kann. Zudem finde eine Diskussion nicht auf gleicher sachlicher Ebene statt. Die Machtverhältnisse seien in der Stadt gefestigt und würden auch sichtbar eingesetzt. Einziger Ausweg wäre eine Änderung der Rechtslage, diese stelle derzeit keine weiteren Möglichkeiten für andere Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung dar. Zu den möglichen Umweltwirkungen erwähnt die BI-E, dass nach dem Wasserhaushaltsgesetz Maßnahmen unzulässig sind, die eine Erhöhung der Hochwassergefahr bedeuten. Der Hafen in Godorf habe im Grunde keine Zukunft.

5.2.3 Akteurskonflikt

Das geringe Ansehen der Akteure lässt sich daran erkennen, dass das Ausbauprojekt trotz des hohen Widerstands weiterverfolgt wird, obwohl der BI-A zufolge der Hafen von niemandem benötigt wird. Das Ansehen der HGK sei

„[g]anz im Keller.“ (BI-A: 23).

Das Unternehmen werde durch den Ausbau keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen. Das Kommunikations- und Informationsverhalten des Unternehmens als auch der Stadt Köln wird als unzureichend kritisiert. Die Bürger seien nicht gut informiert.

„In Longerich oder Junkersdorf, was wissen die vom Godorfer Hafen“ (BI-A: 70).

Das Vertrauen in die Stadt Köln ist ebenfalls nicht hoch. Die Stadt habe kein richtiges Konzept für eine Hafenentwicklung.

Die BI-B kritisiert die Unwirtschaftlichkeit des Projekts. Seit mehr als 20 Jahren sei der Ausbau in Planung.

„[In] der freien Wirtschaft muss so was in fünf Jahren fertig sein.“ (BI-B: 3f.).

Das Vertrauen in die Politik ist gering, da einige Ratsmitglieder gegen ihr Gewissen entscheiden würden. Es gehe um das Wohl der Bevölkerung, dennoch werden Absprachen gegen Geld gemacht. Das Versprechen zusätzlicher Arbeitsplätze sei der BI-B zufolge eine falsche Behauptung. Weiterhin wird der Kölner Rat kritisiert, seine Wähler betrogen zu haben.

„[Dass] sie gegen ihre Wähler gestimmt haben, das haben wir nie verstanden.“ (BI-B: 36).

Die BI-B führt verschiedene Punkte auf, die das Ansehen der Politik senken. Die Politiker würden Versprechungen nicht einhalten. Sie würden so handeln, um Wähler zu halten. Politiker entscheiden nicht nach ihrem Wissen, sondern aus bestimmten Zwängen. Die Bevölkerung werde nicht ernst genommen, das Beispiel des Bürgerbegehrens und der Einwohnerbefragung zeige, dass Mitsprache nicht erwünscht sei. Die Stadtverwaltung informiere zudem nicht von sich aus, die Informationen müsse man sich selbst beschaffen. Die Akzeptanz sei so gering, weil Steuergelder verschwendet werden, und die Unrentabilität des Projekts werde von den Befürwortern nicht gesehen.

„Die hoffen, dass das Geschäft anspringt, aber es ist rückläufig.“ (BI-B: 134f.).

Für die BI-C ist die HGK nicht mehr glaubwürdig. Das vom Unternehmen beauftragte Gutachten sei zugunsten der HGK geschrieben worden. Das Vertrauen in die Politik ist gering. Die Bürger werden nicht ernst genommen.

„Sehen Sie sich das Beispiel mit der Unterschriftensammlung an, war ein Hohn.“ (BI-C: 50).

Auch dass Entscheidungen von nur wenigen durchsetzungsfähigen Politikern gefällt werden, wird kritisiert. Sie würden sich in ihre Entscheidungen nicht reinreden lassen. Das Vertrauen in die Politik ist in der BI-D gering. Die Politik habe ein Obrigkeitsverhalten, so dass man kaum Kritik äußern könne. Die Informationen erhalten betroffene Bürger erst zu spät. Die Informationen von der HGK seien zudem nicht wahrheitsgemäß. Über das positive Gutachten für die HGK äußert sich die BI-D wie folgt:

„Wer bezahlt, bestimmt. Ein Gutachten kann nie neutral sein.“ (BI-D: 51).

Die Ratsmitglieder könnten nicht frei entscheiden, sie unterliegen einem Parteienzwang. Zudem haben die Ratsmitglieder nicht die nötige Kenntnis, sie folgen nur ihren Unterlagen. Die Bürger werden ignoriert, obwohl viele Menschen sich motiviert gezeigt haben, beispielsweise durch die Unterschriftensammlung. Die HGK würde nicht ausreichend informieren, sie sei zu verschlossen.

Die BI-E fühlt sich nicht ernst genommen, da Gespräche nicht auf gleicher Augenhöhe stattfinden, das Ansehen der Politik ist daher gering. Das Vertrauen ist ebenfalls ge-

ring, weil einige Verantwortliche nicht zugänglich für bestimmte Argumente sind. Informationen kommen zudem sehr spät an die Öffentlichkeit.

5.2.4 Nutzungskonflikt

Die Sürther Aue wird als Naherholungsbereich genutzt. Das Einzugsgebiet gehe über die Sürther Bewohner hinaus. Die BI-A ist der Meinung, dass der Niehler Hafen ausreichend Kapazitäten zur Verfügung hat. Zudem wird in unmittelbarer Nähe ein KLV-Terminal gebaut. In Bonn-Graurheindorf, südlich des Godorfer Hafens, besteht bereits ein Container-Hafen. Die Nutzung des Godorfer Hafens sei daher nicht notwendig. Unter anderem wird im Kölner Süden kein Container-Hafen benötigt.

„[Es] gibt ja noch die Häfen in Bonn und den in Duisburg, da ist der Godorfer Hafen vernachlässigbar.“ (BI-A: 123ff.).

Den Hafen würde niemand nutzen, es werde dort eine Bauruine hingesezt.

Mit dem Ausbau des Godorfer Hafens sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, diese Arbeitsplätze werden aber nur aus dem Niehler Hafen verlagert. Als Ausgleich soll in Worringen ein neues Naturschutzgebiet geschaffen werden, aber die Ressource Boden kann nicht ohne weiteres verlagert werden.

„[W]ir schaffen ja ein neues Naturschutzgebiet in Worringen, d. h. die Omas und Opas dürfen eine Stunde im Bus nach Worringen fahren und gucken, wo die Frösche tanzen, das ist der reinste Schwachsinn. Hier ist die Luft schlecht, und dann müssen wir zum Atmen nach Worringen.“ (BI-B: 53–56).

Die Fläche ist zudem als Ausgleichsfläche bei Hochwasser wichtig, aber die Nutzung der Fläche als Hafen birgt bei Hochwasser Gefahren. Die Container seien nicht geschützt und könnten wegschwimmen. Vor einigen Jahren gab es die Überlegung, einen Container-Hafen alternativ in Worringen zu bauen.

Die BI-C ist der Meinung, dass die HGK die Fläche nur vermarkten wolle, denn es besteht die Alternative in Niehl. Aber die HGK möchte mit dieser Fläche mit dem Bonner Hafen in Konkurrenz treten, obwohl der Bonner Hafen hingegen viel konkurrenzfähiger sei.

Der Niehler Hafen ist nicht ausgelastet, es seien sogar Flächen an hafenfremde Firmen vermietet worden, weil der Hafen nicht ausgelastet werden kann. Im Kölner Süden sind hingegen nicht ausreichende Freizeit- und Erholungsflächen vorhanden. Die BI-D sieht daher den Wettbewerb um diese Fläche als nicht gerechtfertigt an.

„Es konnte uns bisher niemand von der Notwendigkeit überzeugen.“ (BI-D: 111f.).

Die Fläche soll weiterhin in der Eigenschaft als Biotop erhalten und geschützt werden, sie soll als Freizeit- und Erholungsgebiet bestehen und als Ausgleichsfläche bei Hochwasser dienen.

Die Häfen in Köln seien alle fehlgenutzt, dennoch behaupte die HGK, dass sie Häfen benötige. Der Hafen werde eine Mehrbelastung im Container-Verkehr nicht auffangen können. Der Godorfer Hafen sei daher

„nur ein Tropfen auf den heißen Stein“ (BI-E: 100).

Wichtig sei die Fläche bei Hochwasser. Es werde zwangsläufig zu einer Wasserspiegelerhöhung kommen, wenn die Fläche nach dem Ausbau zum Hafen nicht mehr überströmt werden kann. Der Erhalt eines Biotops sei gerade in einer Großstadt besonders zu fördern. Die Konkurrenz und der Widerstand um die Flächennutzung wären nicht so groß, wenn eine alternative Nutzung überzeugen würde.

6 Diskussion der Ergebnisse

„Sich zur Wehr zu setzen, sich aufzulehnen darf natürlich nicht beim Nachdenken oder Benennen aufhören, sondern muss in Aktion münden.“ (Hessel 2012: 10).

Zu jeder Vorannahme und zu jedem Motiv folgt zuerst eine kurze Zusammenfassung. Alle Vorannahmen lassen sich bestätigen und treffen bei allen Bürgerinitiativen zu. Diese Vorannahmen können dementsprechend die Frage „Wie nehmen Bürgerinitiativen das Hafenausbauprojekt wahr und wie bewerten sie es?“ beantworten.

Alle genannten Konfliktarten und ihre Motive finden sich bei den Bürgerinitiativen wieder, somit kann die zweite Frage „Wie wirken verschiedene Motive auf die Wahrnehmung und Bewertung?“ ebenfalls beantwortet werden.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird als unzureichend empfunden

Die Bürgerinitiativen empfinden ihre politische Teilhabe als eingeschränkt und ihre Beteiligungsmöglichkeiten als unzureichend. Ihre Mitwirkung wird verhindert und die Chancen, Einfluss auf politische Entscheidungen üben zu können, sind gering.

Die Bürgerinitiativen möchten sich beteiligen, haben jedoch zu wenige Möglichkeiten, die zudem schnell ausgeschöpft sind. Die verantwortlichen Politiker versprechen eine stärkere Integration der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen, sie können aber aufgrund von Parteienszwängen oder aus Gründen der Vorteilnahme ihre Versprechen nicht einhalten. Die Bevölkerung ist motiviert und sie zeigt ein hohes Engagement, aber gleichzeitig wird eine Ohnmacht sichtbar und die Betroffenen werden ignoriert. Sie sehen ihre Chancen eines Einflusses nur in den Kommunalwahlen. Auch erhalten sie Informationen zu spät. Es stellt sich daher eine Politikverdrossenheit ein. Die hierarchischen Denkweisen in der Politik mindern die Kritikfähigkeit der Politiker. Es bestehen zudem ungleiche Machtverhältnisse in der Planungspolitik. Beteiligungsformen von heute sind nicht geeignet für eine Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die Legitimation politischer Entscheidungen wird stellenweise in Frage gestellt

Die Bürgerinitiativen empfinden, dass politische Entscheidungen undemokratisch zustande kommen. Entscheidungen werden auf Kosten der Umwelt, der Natur, des Menschen, der Haushaltslage und der Steuermittel gefällt. Politische Entscheidungen werden als nicht transparent empfunden. Sie sind schwer zu durchschauen, weil auch Interessenkonflikte bestehen. Die Politik verfolgt ihre Ziele immer weiter, obwohl viel Kritik geäußert und Widerstand geleistet wird, und Projekte werden weitergeführt, obwohl sie von niemandem benötigt werden. Die Legitimation wird daher infrage gestellt. Entscheidungen werden auch von außen beeinflusst, und es werden Insider-Geschäfte gemacht. Statt die Bürger zu vertreten, wird gegen sie entschieden. Politiker unterliegen dem Parteienszwang, sie wollen wiedergewählt werden und sind daher in ihren Entscheidungen nicht frei.

Die Kosten trägt die Allgemeinheit

Alle Bürgerinitiativen sind der Meinung, dass die durch den Hafenausbau entstehenden Kosten die Allgemeinheit tragen muss. Die Wirtschaftlichkeit des künftigen Hafens wird infrage gestellt. Der Ausbau ist überflüssig, weil Container nicht benötigt werden. Es werden auch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, im Gegenteil, Arbeitsplätze werden reduziert. Die HGK hofft hingegen auf Zuschüsse, die über Umwege aus Steuergeldern bezahlt werden. Auch eventuelle Verluste müssen mit Steuergeldern aufgefangen werden, da die HGK ein Tochterunternehmen der Stadt Köln ist. Im

Niehler Hafen stehen Flächen zur Verfügung, weil der Hafen nicht ausgelastet werden kann. Eine Umstrukturierung ist also nötig und kostengünstiger.

Die Folgen des Ausbaus sind Umweltgefahren, Naturzerstörung und persönliche Belastungen

Alle Bürgerinitiativen befürchten durch den Hafenausbau Umweltgefahren, Naturzerstörung und persönliche Belastungen. Die Wohnqualität wird sich durch den Ausbau verschlechtern, da die Naherholungsfläche zerstört wird. Auch der Wert der Wohnhäuser wird sinken. Die Umschlagplätze sind zu nah an der Wohnbebauung, zudem sollen giftige Stoffe umgeschlagen oder gelagert werden. Eine große Umweltgefahr droht bei Hochwasser. Die fehlende Überschwemmungsfläche lässt den Wasserspiegel des Rheins steigen. Daneben besteht die Gefahr, dass nicht alle Container rechtzeitig gesichert werden können. Ein zusätzlicher LKW-Verkehr wird die Verkehrsbelastung erhöhen, weil er auch durch die Stadt führen wird. Zudem wird eine Lärmbelastung während der Bauzeit befürchtet.

NIMBY-, Nachbarschaftskonflikt

sich bei allen Bürgerinitiativen wieder. Es wird befürchtet, dass die Verkehrsbelastung steigt und die LKWs durch den Ort fahren. Auch zu dem zu geringen Abstand der Container zur Wohnbebauung werden Bedenken geäußert. Durch die Zerstörung der Natur werden Einbußen des Freizeitwertes befürchtet, da es zu wenige Naherholungsgebiete gibt. Zudem wird die Wertminderung der Wohnhäuser befürchtet. Das Problem ist wichtiger für die Bewohner im Kölner Süden, als für die Bewohner in anderen Stadtteilen.

Akzeptanzkonflikt

Die Motive dieser Konfliktart finden sich bei allen Bürgerinitiativen wieder. Die Politiker stehen in der Kritik, weil sie nicht transparent arbeiten und nicht nach sachlichen Gesichtspunkten entscheiden. Der Nutzen des Ausbaus ist geringer als die Kosten. Die Kosten für die Steuerzahler sind zu hoch, weil der Hafenausbau unrentabel ist. Die Machtverteilung bei Entscheidungen ist ungleich. Die Bevölkerung kann nur abwarten, weil sie nicht integriert wird und die politische Teilhabe nicht ausreichend ist. Es

bestehen mögliche Umweltwirkungen z. B. durch Hochwasser oder Schadstoffemissionen.

Akteurskonflikt

Die Motive dieser Konfliktart finden sich bei allen Bürgerinitiativen wieder. Das Ansehen der HGK ist gering, da sie trotz großen Widerstands das Ausbauprojekt weiterverfolgt. Zudem wird Kritik an ihrem Informationsverhalten geübt. Das Vertrauen in die Politik ist ebenfalls gering. Politiker fällen Entscheidungen gegen ihr Gewissen, weil sie oft aus Gründen des Parteizwangs handeln müssen. Die Politiker sind kaum kritikfähig und sie halten ihre Versprechen nicht ein. Der Bürger fühlt sich nicht ernst genommen.

Nutzungskonflikt

Die Motive dieser Konfliktart finden sich bei allen Bürgerinitiativen wieder. Die Sürther Aue wird als Naherholungsbereich genutzt. Die Nutzung des Niehler Hafens ist unrentabel, weil er nicht ausgelastet ist, der Godorfer Hafen ist daher nicht nötig, außerdem befindet sich der Hafen in Bonn in unmittelbarer Nähe. Die Ausgleichsfläche in Worringen nutzt den Bewohnern im Kölner Süden nicht, da die Ressource Boden nicht verlagert werden kann. Die Fläche soll einfach nur vermarktet werden. Die Aue ist als Überschwemmungsfläche bei Hochwasser wichtig. Der Nutzungskonflikt könnte beseitigt werden, wenn die Fehlnutzung aller Kölner Häfen behoben werden würde.

Ergebnisse im Bezug zu den Positionen in der Theorie

Wie im Kapitel 3 zur Theorie dargelegt, nimmt der Mensch seine Umwelt subjektiv wahr und im Kopf entsteht daher ein subjektives Vorstellungsbild der Realität. Durch den Wahrnehmungsprozess kommt es zur Vereinfachung, Veränderung und Verzerrung von Informationen, so dass einige Realitätsaspekte ausgeblendet und umgedeutet werden können (Weichhart 2008: 142). Vielfältige Umweltreize werden also gefiltert, dabei kann Erfreuliches verstärkt und Unangenehmes ausgeblendet und verdrängt werden. Die Verarbeitungsprozesse werden von Motiven, Bedürfnissen, Werthaltungen, Einstellungen, von der Persönlichkeitsstruktur und auch vom soziokulturellen Kontext beeinflusst (Weichhart 2008: 147). Die Grundlage der Umwelt ist also das

subjektive Vorstellungsbild. Demnach ist das subjektive Vorstellungsbild des Ausbaivorhabens des Godorfer Hafens für die Bürgerinitiativen die Grundlage ihrer Realität. Ihr Vorstellungsbild ist hier die einzige interessierende und zur Verfügung stehende Realität, denn andere Sichtweisen auf das Ausbaivorhaben von anderen Akteuren stehen nicht zur Verfügung. Es ist nicht die Aufgabe, unterschiedliche Sichtweisen gegenüberzustellen und eine vermeintlich objektive Wahrheit oder Realität zu ergründen.

Nach Raffelsiefer (1999: 7) wird die Umwelt bewertet und beurteilt, nämlich durch den Vergleich der wahrgenommenen Realität und dem erwünschten Zustand. Die Bürgerinitiativen nehmen das Ausbaivorhaben so wahr, wie in den aufgezeigten Vorannahmen.

Wie die Bürgerinitiativen sich den erwünschten Zustand ihres Wohnumfelds vorstellen, im Besonderen die Sürther Aue, ist ebenfalls in den Ergebnissen aufzufinden. Die Bürgerinitiativen wollen ihr unmittelbares Umfeld – die Natur, aber auch ihre Umwelt – schützen. Sie wollen unnötige Kosten von der Allgemeinheit abwenden, den Freizeitwert der Naherholungsfläche erhalten, die Verkehrsbelastung mindern und ihre Interessen vertreten.

Wie in den Ergebnissen ersichtlich, unterscheiden sich die Bürgerinitiativen untereinander in ihrer Wahrnehmung und Bewertung nicht. In Anlehnung an Raffelsiefer (1999: 16) kann also von Wahrnehmungsgruppen gesprochen werden. Wahrnehmungsgruppen nehmen gleichartig wahr, obwohl Wahrnehmung individuell ist. Individuen erlernen gesellschaftlich auferlegte Wertemuster, die ein Orientierungsraster bilden und so die Wahrnehmung lenken und strukturieren. Auch Gebhardt (1990: 128) erwähnt die gruppenspezifische Ähnlichkeit in der Wahrnehmung und Bewertung. Diese Ähnlichkeit hänge von verschiedenen Faktoren ab, wie beispielsweise von der sozialen Schichtzugehörigkeit. Auch sei der Unterschied in der Beurteilung einer Situation zwischen Bewohnern und Außenstehenden groß. Die Bürgerinitiativen haben ihren Standort in den umliegenden Stadtteilen des Godorfer Hafens (s. Karte 1: 29) und weisen daher eine ähnliche Wohnsituation auf, somit ist ihre Wahrnehmung und Bewertung auch gleichartig.

Mit Weichhart (2008: 166) kann die im Bewusstsein konstruierte Umwelt erneut betont werden. Diese sei aus den Umweltreizen aufgebaut und zu einem Großteil ist sie ein Produkt vergangener Erfahrungen. Da nur eine bestimmte Menge an Informationen

verarbeitet werden kann, wird vorher selektiert. Zudem werden nur solche Umweltreize rezipiert, die für das Individuum gerade aktuell, wichtig oder bedeutsam sind. Bei dem Ausbaivorhaben kann man von Bedeutsamkeit sprechen, da das Projekt in unmittelbarer Nähe der Bewohner umgesetzt werden soll. Das Individuum ist also kein passiver Rezeptor von Informationen, sondern es sucht Informationen aktiv. Diese Informationsaufnahme hängt von der Lebenssituation und vom Handlungskontext ab und wird gelenkt von Zielen und Motiven. Der Blick auf die Motive folgt weiter unten. Den Gegenständen, die das Individuum interessiert, werden nach Raffelsiefer (1999: 19) Werte und Funktionen zugeschrieben oder sie lösen Assoziationen aus, das Individuum reagiert sensibler darauf als auf neutrale Gegenstände. So beschreibt die BI-A (97), dass die Bewohner heutzutage sensibler auf ihre Umwelt reagieren.

Durch Wahrnehmungen, Interessen und Erfahrungen bildet sich ein Verständnis eines Gegenstandes ab. Wie ein Gegenstand sein soll, wird dabei geformt. Die Bewertung eines Gegenstandes schließlich ist ein Vergleich zwischen dem erwünschten Zustand und der wahrgenommenen Realität. Persönliche Einschätzungen sind nach Müller (2010: 75) das Ergebnis einer kognitiven Bewertung. Die Ergebnisse zeigen, dass alle Bürgerinitiativen dezidierte Einschätzungen über das Ausbaivorhaben haben. Wahrnehmung und Bewertung werden also nicht getrennt voneinander betrachtet. Im Prozess der Wahrnehmung finden Bewertungen bereits bei der Selektion von Informationen statt. Die Bewertung drückt das Verhältnis des wertenden Subjekts gegenüber den gewerteten Objekten aus. Dadurch bezieht man Stellung, nimmt eine Position ein, setzt Präferenzen, wählt, plant oder entscheidet. Da die Bewertungen auf der Individualebene ablaufen, hängen sie vom Wertesystem, vom Wissen und von Emotionen ab. Auch die Kriterien zur Ermittlung eines Ist-Zustands seien bereits Bewertungen, das bedeute, dass es eine objektive Bewertung nicht geben kann (Raffelsiefer 1999: 63).

Unterschiedliche Sichtweisen auf das Hafenausbaivorhaben können den Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen bilden. Reuber (1999: 7) erklärt, dass verschiedene Verwertungsinteressen gegeneinander stehen und so einen Konflikt hervorrufen. Konflikte sind nach Reuber (2005: 7) ein Konkurrieren um knappe Ressourcen. Diese werden nicht objektiv gesehen, sondern von Akteuren wahrgenommen, bewertet und instrumentalisiert. Diese Ressourcen haben akteursspezifisch unterschiedliche Bedeutungen, so auch die Fläche, auf dem der Hafenausbau geplant ist. Nach Meinung der

Bürgerinitiativen hat die HGK ein eigennutzenorientiertes Interesse an der Fläche. Sie will sie vermarkten, so die BI-C (10).

Auch der Lokalpolitik wird kein Vertrauen entgegengebracht. Nach Reuber (1999: 20) sollen Politiker das Allgemeinwohl durchsetzen. Die indirekte Demokratie birgt jedoch die Gefahr, dass Politiker ihre Sonderrolle ausnutzen, um eigene Interessen durchzusetzen. So auch der Vorwurf der Bürgerinitiativen: Politiker fällen Entscheidungen, nur um wiedergewählt zu werden, sie sind in ihren Entscheidungen nicht frei und unterliegen dem Parteienzwang oder sind von außen beeinflusst.

Nach Reuber (1999: 23) spielt Macht im Konfliktfall eine bedeutende Rolle. Akteure haben einen unterschiedlichen Zugang und Kontrolle über Regeln und Ressourcen in einem Konflikt und daher ein unterschiedliches Machtpotential. Pütz & Rehner (2007: 39) erwähnen, dass Planungsprozesse von Machtbeziehungen geprägt sind. Bei den Bürgerinitiativen ist Macht ein häufig genanntes Thema. Sichtbar sind Machtpotentiale bspw. im Kommunikationsverhalten der Verwaltung. Über wichtige Vorhaben wird nicht rechtzeitig informiert, Gespräche finden nicht auf derselben Ebene statt und Kritik seitens der Bürgerinitiativen wird ignoriert.

Nach Reuber (1999: 31) sind konstruierte und subjektive Raumbilder in den Köpfen der Akteure bedeutend für Handlungen. Sie bilden die eigentliche Grundlage für eine Bewertung der Ausgangslage. Unterschiedliche Entscheidungsträger sehen im Konfliktfall dieselben räumlichen Zusammenhänge unterschiedlich, und sogar gegensätzlich. Raum wird also nicht nur unbewusst subjektiv wahrgenommen, sondern Akteure entwickeln bewusst subjektiv verzerrende Sichtweisen, um ihre eigenen Positionen durchzusetzen. In den Ergebnissen sind solche Einschätzungen zu finden. Die Bürgerinitiativen sind der Meinung, dass sowohl die Politik, als auch die HGK verzerrende Sichtweisen auf den Hafenausbau haben. Angefangen bei der Rentabilität, dem Nutzen und der Notwendigkeit, über die Meinung der Verkehrsbelastung im Straßengüterverkehr, bis zu dem unterschiedlichen Gefahrenbewusstsein bei Hochwasser unterscheiden sich die Sichtweisen.

In einem Konfliktfall bestehen unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Sichtweisen. Da Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse wie bereits geschildert von vielen Faktoren, u. a. von Motiven beeinflusst werden, muss der Blick auf verschiedene Konfliktarten und ihre Motive gerichtet werden. Die Frage „wie wirken verschiede-

ne Motive auf die Wahrnehmung und Bewertung?“ wird folgendermaßen beantwortet: Nach Schlecht et al. (2008: 19) sind Konflikte durch verschiedene Motive gekennzeichnet. Diese Konfliktarten und -motive sind im Kapitel 3.3 dargestellt. Konflikte treten den Autoren zufolge bei der Kollision unterschiedlicher Interessen auf. Dabei seien Unternehmen in der Pflicht, ihre Interessen zu legitimieren, besonders weil sie Kollektivgüter massiv beeinträchtigen, zudem werden externen Kosten den Verursachern nicht angelastet, so auch Braun (2002: 20). Weiterhin beschreiben Schlecht et al. (2008: 19) die Ursachen und Auslöser für Konflikte, die auch so in den Ergebnissen wiederzufinden sind. Ursachen und Auslöser können veränderte gesellschaftliche Ansprüche sein, aber auch Kommunikationsprobleme oder eine defensive Haltung und Verteidigung eigener Entscheidungen oder eine mangelnde Information der Öffentlichkeit. Je nach Motiven unterteilen die Autoren die Konflikte in verschiedene Konfliktarten. Diese Konfliktarten sind in den Ergebnissen wiederzufinden und ihre Motive sind vielfältig. Der starke Widerstand gegen das Hafenausbauprojekt lässt sich aus den Konfliktmotiven ableiten und erklären.

Nach Weichhart (2008: 147) beeinflussen verschiedene Motive die Wahrnehmungs- und Bewertungsprozesse. In dem Prozess werden Umweltreize und Informationen von Gegebenheiten je nach Wichtigkeit verstärkt und hervorgehoben und das Individuum reagiert sensibler darauf als auf neutrale Gegebenheiten (Raffelsiefer 1999: 19). Bedeutende Motive wirken demnach auf die Prozesse der Wahrnehmung und Bewertung verstärkend.

Das Hauptmotiv der NIMBY-, Nachbarschaftskonfliktart ist die Befürchtung einer hohen persönlichen Belastung. Dieses Motiv spiegelt die Einstellung wider, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Die Bürgerinitiativen betonen aber alle, dass sie nicht einseitig nur aus partikularen Interessen gegen das Ausbauprojekt protestieren.

Die Motive der Akzeptanzkonfliktart sind solche, die die Akzeptanz eines Vorhabens senken. Es sind verallgemeinerungsfähige Motive, die auf einem Konsens in der breiten Mehrheitsgesellschaft beruhen. Es sind ethisch-moralische Vorstellungen von gesellschaftlich-politischem Handeln. Die Bürgerinitiativen argumentieren in ähnlicher Weise ethisch-moralisch, wenn es um Bürgerrechte, Umweltgefahren, Verschwendung öffentlicher Gelder oder demokratische Legitimität geht.

Die Akteurskonfliktart ist von Motiven gekennzeichnet, die sich hauptsächlich in der Beziehung zum Akteur zeigen. Wie in den Ergebnissen zu sehen ist, stehen das Unternehmen und die verantwortlichen lokalen Politiker stark in der Kritik. Die moralische Verpflichtung der beiden Akteure gegenüber der (lokalen) Bevölkerung wird durch die Bürgerinitiativen massiv gefordert.

Die Motive der Nutzungskonfliktart entwickeln sich aus dem Konkurrieren um einen Standort, weil der Boden als Ressource räumlich gebunden ist und nur eine begrenzte Nutzungskapazität hat. Dieser Wettbewerb fördert den Nutzungskonflikt, und es hängt von Machtpotentialen ab, welche Akteure ihre Interessen durchsetzen können. Die Bürgerinitiativen können dem Wettbewerb standhalten, offensichtlich sind die Machtverhältnisse ausgeglichen, um die derzeitigen räumlichen Verhältnisse stabil zu halten.

TEIL C: SCHLUSS

7 Schluss

7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Jedes Individuum hat ein im Bewusstsein konstruiertes subjektives Vorstellungsbild von seiner Umwelt, das die eigene Grundlage für die reale Welt darstellt. Jedes Individuum nimmt nur solche Ausschnitte seiner Umwelt wahr, die im Leben wichtig sind und die es direkt betreffen, wie das Ausbauprojekt in der unmittelbaren Nähe der betroffenen Anwohner. Besonders sichtbar wird die Subjektivität realer Gegebenheiten in einem Konfliktfall: Fälle werden subjektiv und selektiv wahrgenommen und bewertet und nur diese sind dann für den weiteren Verlauf handlungsrelevant.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bürgerinitiativen das Hafenausbauvorhaben sehr differenziert wahrnehmen und bewerten. Die verschiedenen Bürgerinitiativen nehmen die Situation übereinstimmend gleich wahr und bewerten sie gleich. Dabei spielen Faktoren und Hintergründe wie Wissen, Erfahrungen, Wohnsituation und soziokultureller Hintergrund, aber auch die Motive eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung und Bewertung.

Es konnte beobachtet werden, dass bei dem geplanten Hafenausbau die Beteiligung der Öffentlichkeit als unzureichend wahrgenommen und bewertet wird. Die Chancen einer ausreichenden politischen Teilhabe werden als gering eingeschätzt, und die Machtverhältnisse als unausgewogen, so dass eine Ohnmacht gegenüber den Trägern des Vorhabens empfunden wird.

Weiter konnte aufgezeigt werden, dass politische Entscheidungen für das Vorhaben als nicht legitimiert wahrgenommen und bewertet werden. Die Bürgerinitiativen empfinden, dass Entscheidungen nicht demokratisch zustande kommen, weil sie als von außen beeinflusst wahrgenommen werden und zudem auf Kosten der Umwelt, der Natur, des Menschen und der Haushaltssituation getroffen werden. Die Bürgerinitiativen sehen in dem Vorhaben ein Legitimitätsproblem, und lehnen deshalb den Hafenausbau ab.

Außerdem konnte dargestellt werden, dass das Vorhaben als zu kostspielig für die Allgemeinheit wahrgenommen und bewertet wird. Die Bürgerinitiativen betrachten den geplanten Hafen als überflüssig, weil er nicht gebraucht wird und in der künftigen Form unwirtschaftlich ist und daher ein Kostenproblem darstellt.

Weiter konnte gezeigt werden, dass negative Folgen für Umwelt, Natur und Mensch wahrgenommen und bewertet werden. Das Ausbauprojekt stellt für die Bürgerinitiativen ein Gefährdungsproblem dar, weil durch den Ausbau des Hafens die Natur zerstört wird, die Umweltgefahren und die Gesundheitsgefährdung steigen und die Wohnqualität sinkt.

Es konnte zudem aufgezeigt werden, dass, besonders in einem Konfliktfall, Konfliktmotive auf die Wahrnehmung und Bewertung verstärkend wirken und sie zusätzlich beeinflussen. Individuen reagieren sensibler auf Dinge und nehmen sie verstärkt wahr, wenn sie für sie bedeutsam sind.

Es konnten verschiedene Konfliktarten mit ihren Motiven aufgezeigt werden. Alle genannten Motive sind für die Bürgerinitiativen bedeutsam, so dass sie eine verstärkende Wirkung auf die Wahrnehmung und Bewertung des Ausbauprojekts ausüben. Das Motiv der Befürchtung von persönlichen Belastungen ist vorhanden und es erhöht die Bereitschaft, eigene Interessen zu vertreten.

Es konnten verallgemeinerungsfähige Motive herausgefunden werden, die die kritische Haltung bestärken.

Akzeptanz und Vertrauen sind bedeutende Motive, die über das Ansehen eines Akteurs entscheiden.

Es gibt Motive um knappe Ressourcen, die einen Wettbewerb verstärken.

7.2 Schlussfolgerungen

In dieser Arbeit konnten geeignete Ergebnisse erzielt werden, mit denen sich die zuvor entwickelten Vorannahmen bestätigen ließen und somit konnten die gestellten Fragen beantwortet werden. Die Zielsetzung dieser Arbeit, die Wahrnehmung und Bewertung

des Ausbauvorhabens des Binnenschiffahrtshafens durch die Bürgerinitiativen zu ermitteln, konnte somit erreicht werden.

Die Ergebnisse waren plausibel: Die Denk- und Sichtweisen der Bürgerinitiativen konnten nachvollzogen und erklärt werden. Obwohl jeder Mensch eine spezifische Sichtweise auf Dinge hat, konnten Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung und Bewertung des Hafenausbauvorhabens festgestellt werden. Die Bürgerinitiativen verfolgen gemeinsame Interessen und teilen gleiche Normen und Werte. Daher muss beachtet werden, dass die Ergebnisse nicht auf andere Gruppen oder Situationen übertragen werden können.

Die Ergebnisse können nicht generalisiert werden, da mit der qualitativen Interviewmethode nur spezielle Aspekte einer Lebenssituation von einzelnen Befragten ermittelt und erforscht werden kann. Hingegen konnte ich Stimmungslagen erkennen, Meinungen erfassen und Situationen besser nachvollziehen als mit quantitativen Analysemethoden möglich ist. Begrenzende Faktoren der Untersuchung sind zwangsläufig vorhanden: Da Zeit und Umfang der Arbeit begrenzt sind und nicht alle gewünschten Daten zur Verfügung stehen, können nicht alle Aspekte und Überlegungen berücksichtigt werden.

Wird der Hafen realisiert oder nicht, können die Bürgerinitiativen den Ausbau verhindern? Über eine künftig zu erwartende Entwicklung zu spekulieren ist schwierig, weil ich nur eine Momentaufnahme machen konnte. Aber die Stimmungslage der Bürgerinitiativen und ihr Engagement gegen den Hafenausbau zeigen, dass sie zumindest das Vorhaben im Moment blockieren und um Jahre verzögern können.

Eine weitere mögliche Untersuchung in dieser Form könnte auch aus der Perspektive der Planungsbehörden, der Kommunalpolitik oder der HGK durchgeführt werden. Ein größerer Datensatz könnte somit gebildet werden, um Ursachen des Konflikts zu analysieren und nachzuvollziehen. Es könnte auch eine erneute, aber ausführlichere Einwohnerbefragung in Form einer repräsentativen Umfrage durchgeführt werden.

Im Grunde muss den Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Rolle in der Stadtplanung, -politik und -forschung eingeräumt werden, denn sie sind die wahren Experten vor Ort.

Literatur

- Albers, Gerd (1993): Stadtentwicklungsplanung. – In: Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 320: 398–410. Bonn.
- Ammerl, Thomas (2007): Die Wahrnehmung stadtökologischer Probleme durch die Bevölkerung Havannas. – In: Stadtwelten in den Americas: Passauer Schriften zur Geographie, 23: 83–93. Passau.
- Bezirksregierung Köln (Hrsg.) (2012): TIM-online (Topographisches Informationsmanagement). URL: [<http://www.tim-online.nrw.de>]. 2012-10-15.
- bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (Hrsg.) (o. J.): Bürgerinitiativen. URL: [http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40242/buergerinitiative_n?p=all]. 2012-09-27.
- Braun, Boris (2002): Die Umweltproblematik in der Wirtschafts- und Industriegeographie: Bestandsaufnahme und Vorschläge für eine akteurszentrierte mikroanalytische Konzeption. – In: Wirtschaftsgeographie und Umweltproblematik: Kölner Geographische Arbeiten, 76: 13–27. Köln.
- Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Köln (Hrsg.) (2001): Informationen zum Godorfer Hafen-Ausbau: Geschichte des Streits um den Hafen-Ausbau. URL: [<http://www.gruenekoln.de/uploads/media/Flugblatt-Godorfer-Hafen-2011-03-09.pdf>]. 2012-10-12.
- Coy, Martin (2007): Innenstadtentwicklung und Innenstadterneuerung in São Paulo: Akteure, Wahrnehmungen, Interessenkonflikte. – In: Stadtwelten in den Americas: Passauer Schriften zur Geographie, 23: 57–69. Passau.
- DGB Region Köln-Bonn (Deutscher Gewerkschaftsbund Region Köln-Bonn) (Hrsg.) (2011): Geschichte Godorfer Hafen. URL: [<http://koeln-bonn.dgb.de/presse/++co++70a0803a-7258-11e0-7670-00188b4dc422/@@dossier.html>]. 2012-10-12.
- Dziomba, Maike & Anke Matuschewski (2007): Grossprojekte in der Stadtentwicklung: Konfliktbereiche und Erfolgsfaktoren. Wie lassen sich finanzielle Erfolge, städtebauliche Qualitäten und Nutzungsmischung erreichen? – In: disP, 171/4: 5–11.
- Fischer, Sebastian et al. (2010): Protest gegen Großprojekte: Barrikadenrepublik Deutschland. – In: Spiegel-Online, 05.10.2010. URL: [<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-721162,00.html>]. 2012-05-16.
- Gebhardt, Hans (1990): „Wohnen neben der Fabrik“: Wahrnehmung und Bewertung der Wohnsituation in industrienahen Wohngebieten Kölns. – In: Földner, Eckart (Hrsg.): Stadtgeographische Aspekte: Studien zur regionalen Stadtgeographie und ihrer Didaktik. Festschrift für Siegfried Gerlach zum 60. Geburtstag. Ludwigsburg: 127–145.
- Grabski-Kieron, Ulrike (2005): Raumforschung, Raumordnung und räumliche Planung in der Bundesrepublik Deutschland. – In: Schenk, Winfried & Konrad Schliephake (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie. Gotha & Stuttgart: 665–725.
- Gutscher, Heinz et al. (1996): Vom Sinn der Methodenvielfalt in den Sozial- und Geisteswissenschaften. – In: Kaufmann-Hayoz, Ruth & Antonietta Di Giulio (Hrsg.): Umweltproblem Mensch: Humanwissenschaftliche Zugänge zu umweltverantwortlichem Handeln. Bern et al.: 43–78.
- Hessel, Stéphane (2012): Engagiert Euch! Stéphane Hessel im Gespräch mit Gilles Vanderpooten. Berlin⁵.
- HGK (Häfen und Güterverkehr Köln AG) (Hrsg.) (2009): HGK Nachhaltigkeitsbericht 2007–2009. URL: [<http://http://www.hgk.de/images/downloads/HGK-NHB-2007-2009.pdf>]. 2012-09-30.

- HGK (Hrsg.) (2012): HGK Geschäftsbericht 2011. URL: [<http://www.hgk.de/images/downloads/hgk-geschaeftsbericht11.pdf>]. 2012-09-30.
- Ibert, Oliver (2007): Megaprojekte und Partizipation: Konflikte zwischen handlungsorientierter und diskursiver Rationalität in der Stadtentwicklungsplanung. – In: *disP*, 171/4: 50–63.
- Joseph, Henriette (2003): Aktuelle Tendenzen der Wahrnehmung, Bewertung und Bedeutung von „Natur“: Eine Untersuchung zur allgemeinen und speziellen Naturwahrnehmung am Beispiel der historischen Parklandschaft „Wörlitzer Anlagen“. – In: *Europa Regional*, 11/1: 17–23.
- Meier-Kruker, Verena & Jürgen Rauh (2005): *Arbeitsmethoden der Humangeographie*. Darmstadt.
- Müller, Michael (2010): Unsicherheit in Kleinstädten. – In: Herrmann, Heike (Hrsg.): *Raum-Erleben: Zur Wahrnehmung des Raumes in Wissenschaft und Praxis*. Opladen & Farmington Hills: 75–98.
- Pingold, Markus (2007): Wahrnehmung und Bewertung des Landschaftswandels in Bad Hindelang im Allgäu: Eine Untersuchung der Sichtweisen von Experten, Einheimischen und Touristen. Duisburg.
- Pütz, Marco & Johannes Rehner (2007): Macht in konfliktreichen Grossprojekten der Stadtentwicklung: Revitalisierung des Hafens Puerto Madero in Buenos Aires. – In: *disP*, 171/4: 36–49.
- Raffelsiefer, Marion (1999): *Naturwahrnehmung, Naturbewertung und Naturverständnis im deutschen Naturschutz: eine wahrnehmungsgeographische Studie unter besonderer Berücksichtigung des Fallbeispiels Naturschutzgebiet Ohligser Heide*. Dissertation. Gerhard-Mercator-Universität Duisburg. Auch online unter URL: [<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5023/titelblatt.pdf>]. 2012-08-30.
- Regener, Maren (2010): Umweltbelange in der Öffentlichkeitsbeteiligung: Erkenntnisse einer Untersuchung der Umweltprüfung von Bebauungsplänen. – In: *Standort: Zeitschrift für angewandte Geographie*, 34/3: 97–102.
- Reuber, Paul (1999): *Raumbezogene politische Konflikte: Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen*. – *Erdkundliches Wissen*, 131. Stuttgart.
- Reuber, Paul (2005): Konflikte um Ressourcen: Ein Thema der politischen Geographie und der politischen Ökologie. – In: *Praxis Geographie*, 9: 4–9.
- Reuber, Paul & Carmella Pfaffenbach (2005): *Methoden der empirischen Humangeographie: Beobachtung und Befragung*. Braunschweig.
- Roth, Roland (1993): Lokale Demokratie „von unten“: Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. – In: *Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 320: 228–244. Bonn.
- Rucht, Dieter (2003): Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik: Verbreiterung, Professionalisierung, Trivialisierung. – In: *vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, 164/42/4: 4–11.
- Schlecht, Stephanie et al. (2008): Konflikte bei landwirtschaftlichen Stallbauprojekten: Eine empirische Untersuchung zum Bedrohungspotential kritischer Stakeholder. – *Diskussionspapiere der Universität Göttingen*, 808. Göttingen. Auch online unter: URL: [http://www.uni-goettingen.de/de/document/download/3876873c587470f50b4720b513468ed1.pdf/Diskussionsbeitrag%200808_Schlecht%20Albersmeier%20Spiller.pdf]. 2012-09-23.
- Stadt Köln (Hrsg.) (2011): *Einwohnerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens*. URL: [<http://www.stadt-koeln.de/1/presseservice/mitteilungen/2011/05989/>]. 2012-10-12.

- Stadt Köln (Hrsg.) (2012): Godorfer Hafen in Köln-Godorf: Aufstellungsbeschluss. URL: [http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=26436&search=1]. 2012-10-15.
- Weichhart, Peter (2008): Entwicklungslinien der Sozialgeographie: Von Hans Bobek bis Benno Werlen. Stuttgart.
- Wohlfahrt, Norbert (2001): Die Zukunft der lokalen Demokratie. – In: Stadt macht Zukunft: Neue Impulse für eine nachhaltige Infrastrukturpolitik, 170: 136–144. Dortmund.
- Zöller, Katharina K. (2004): Stakeholder-Dialoge zur Sicherung des neuen Standortfaktors „Akzeptanz“ bei deutschen und amerikanischen Chemieunternehmen: Eine wirtschaftsgeographische Untersuchung. Dissertation. Universität zu Köln. Auch online unter: URL: [<http://kups.ub.uni-koeln.de/1292/1/Ganz251004.pdf>]. 2012-05-14.